

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 145

HERBST 2001

DM 1,-

Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung“ Der Anschlag auf das World Trade Center

Erklärung des Politischen Büros der Spartacist League/U.S.



Reuters



Reuters/Larry Downing

Flugzeugträger USS Enterprise, einsatzbereit. Imperialistische Schlächter Bush, Fischer beschwören „Verteidigung der Zivilisation“, verschärfen rassistische Hetze, mobilisieren für Krieg

Nachfolgend drucken wir unser Spartakist-Extrablatt vom 14. September leicht redigiert ab.

Nach dem abscheulichen Anschlag auf das World Trade Center in New York City, ein Akt wahllosen Terrors und ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, versucht die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, das berechnete Entsetzen in der Bevölkerung dafür zu benutzen, Unterstützung für eine Beteiligung des deutschen Imperialismus an kommenden Rachekriegseinsätzen der NATO aufzupeitschen. Schröder erklärte den Terrorakt zu einer „Kriegserklärung“ an die gesamte „demokratische Welt“. Am Mittwoch, dem 12. September, verkündete die NATO das Inkrafttreten ihres Artikels 5, der die imperialistischen NATO-Partner zu gegenseitiger Kriegshilfe verpflichtet, falls einer von ihnen

angegriffen wird. Kurz darauf verkündete Schröder die Unterstützung Deutschlands dafür.

Alle Parteien von PDS bis CDU beschworen die nationale Einheit „aller Demokraten“ und riefen zu der von Gregor Gysi (PDS) vorgeschlagenen chauvinistischen Demonstration für Freitag, den 14. September, auf. Der Aufruf erklärt: „Dies ist ein Angriff gegen die gesamte zivilisierte Welt, ein Angriff auf die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens.“ Die „zivilisierte Welt“, sprich die NATO-Staaten, zu deren Verteidigung hier mobilisiert wird, ist eine Hand voll imperialistischer Staaten, deren herrschende Bourgeoisien die Arbeiter im eigenen Land ausbeuten und den Rest der Welt ausplündern und unterjochen. Diese „Zivilisation“

Fortgesetzt auf Seite 8

Die Afghanistan-Connection Seite 12

Aktion an der Humboldt-Universität Berlin: Entschlossene Studenten stoppten Nazi-Provokation!

Nachfolgend drucken wir unsere Presseerklärung vom 14. Juli 2001 ab.

Am Mittwoch, den 11. Juli stoppten entschlossene Studenten an der Berliner Humboldt-Universität eine Provokation des Nazi-Ideologen Bernd Rabehl. Das war ein Sieg im Interesse aller potenziellen Opfer von Nazi-Terror – Gewerkschafter, Immigranten, Linke, Juden, Homosexuelle ...

Bernd Rabehl, ehemals SDS, pflegt seit geraumer Zeit enge Verbindungen zu Nazis. So trat Rabehl zusammen mit dem NPD-Mann Horst Mahler mit einer rassistischen Hetzrede vor der Münchner Burschenschaft „Danubia“ auf, die

Siegreiche Einheitsfrontaktion

später in dem faschistischen Blatt *Junge Freiheit* nachgedruckt wurde.

Es ist auch kein Zufall, dass Rabehl zur Verbreitung seiner faschistischen Propaganda an die Humboldt-Universität geladen wurde. Schon 1991 wurde hier der ehemalige SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle angestellt, um linke Lehrkräfte und Ex-DDR-Professoren hinauszusüßern, wofür er 1994 mit einem Ehrendokortitel belohnt wurde. Und so, wie die Humboldt-Uni Nazis für antikommunistische Säuberungen rekrutiert, qualifizierten Rabehls rassistische und faschistische Referenzen ihn für die Mitarbeit im „Forschungsverband SED-Staat“.

Die heutigen Nazis werden ermutigt durch die rassistische Politik der SPD/Grünen-Regierung und der oppositionellen CDU.

Am 11. Juli riefen Studenten der Fachschaft Sozialwissenschaften dazu auf, die Nazi-Provokation von Rabehl zu stoppen. Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) griffen dies gern auf und beteiligten sich an dieser Aktion.

Mehr als ein Dutzend Studenten riegelten dann kurz vor 16 Uhr den Raum 3120B im Hauptgebäude der Humboldt-Uni ab. Als Rabehl zusammen mit mehreren seiner Anhänger auftauchte, schallten ihm Sprechhörn „Nazis Raus!“ entgegen. Daraufhin verkroch sich Rabehl hinter einer Säule und verließ kurz danach das Gelände der Humboldt-Universität.

Dennoch versuchten später mehrere Rabehl-Anhänger in den Veranstaltungsraum einzudringen. Auch diesen wurde der Weg von beherzten Studenten versperrt. Erinnerung auch an Auschwitz, Babij Jar und Bergen-Belsen. Wir von der SpAD sagen, dass das Programm der Nazis nicht eine Ansammlung „schlechter Ideen“ ist; es steht für Völkermord an Juden, Sinti und Roma. Es steht für die Zerschlagung von Gewerkschaften und Mord an ethnischen Minderheiten, Immigranten, Kommunisten und anderen Linken.

Das erfuhren sofort auch einige Studenten. Insbesondere ein Genosse der SpAD wurde von einem Nazi herausgegriffen und bedroht. Dieser Nazi brüllte herum, dass solch eine Aktion nicht noch einmal passieren werde, er unseren Genossen kenne und dafür sorgen werde, dass unser Genosse nie wieder an solch einer Aktion teilnehmen wird. Auch wurde ein dunkelhaariger Student von einer Rassistin angepöbelt, er sei Gast hier und habe sich gefälligst zu benehmen.

Am 11. Juli gab es keine Nazi-Provokation an der Humboldt-Uni! Diese erfolgreiche Einheitsfrontaktion gibt ein Beispiel, wie den Versuchen der Nazis, sich an Unis zu organisieren, die Türen verschlossen werden. Wir gratulieren den Studenten, die Rabehl vom Campus vertrieben haben.

Die SpAD ist eine marxistische Organisation, die für die Mobilisierung von Gewerkschaften, ethnischen Minderheiten und allen potenziellen Opfern der Nazis eintritt, um faschistischen Terror zu stoppen. Wir kämpfen für eine sozialistische Arbeiterrevolution, die das kapitalistische System beseitigt und damit Faschismus und Rassismus den Nährboden entzieht. ■

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde,
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Antikriegstreffen der Pseudolinken – „Gysis bunte Truppe“

Am Freitag, den 15. September, fand im Berliner Mehringhof ein Antikriegstreffen statt und es kam fast die gesamte Pseudolinke der Stadt: Gruppe Arbeitermacht (GAM), Linksruck, die Gruppe Internationaler Sozialisten (GIS), der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), die internationale sozialistische linke (isl), ATTAC, B.A.St.A., die Demokratische Linke und eine Reihe einzelner Linker. Kurz vor dem Treffen hatte die chauvinistische Regierungsdemonstration zur Verteidigung „der Zivilisation“ gegen „internationalen Terrorismus“ stattgefunden, die von Gregor Gysi (PDS) initiiert und von allen Parteien im Bundestag unterstützt worden war. Zweck der Demo: die berechnete Trauer und Wut in der Bevölkerung über den Anschlag auf das World Trade Center (WTC), ein nicht zu verteidigender krimineller Akt wahllosen Terrors, zur Unterstützung für die Beteiligung des deutschen Imperialismus an einem NATO-Rachekrieg zu benutzen.

Die Menge im Mehringhof war ziemlich gespalten über zentrale Fragen. Jede „Einheit“ unter ihnen konnte nur prinzipienlos sein. Da waren Linksruck und B.A.St.A., die auf der Kriegsdemo ihrer SPD/Grünen-Regierung gewesen waren, während die GAM nicht dort war, weil ihr die Demo der Regierung, zu deren Wahl sie aufgerufen hatte, zu nationalistisch war. Entsprechend tat sich Linksruck mit deutschem Nationalismus hervor: Deutschland solle sich nicht auf eine Linie mit den USA zwingen lassen. Eine Rednerin der GAM sagte das Gleiche in anderen Worten: „Die Europäer sollten nicht mitmachen.“ Dann gab es da ATTAC und B.A.St.A., die gegen Militärschläge und stattdessen für ein internationales Tribunal gegen die Terroristen waren, so wie

das gegen Milošević. Aber der Internationale Gerichtshof in Den Haag, vor dem Milošević steht, ist einfach ein Instrument der Imperialisten, so wie es jedes andere „internationale Tribunal“ wäre in einer Welt, die international von einer Hand voll imperialistischer Mächte, vor allem Deutschland, Japan, USA, ausgebeutet, unterdrückt und militärisch dominiert wird. Die herrschenden Klassen dieser Länder sind die größten Terroristen der Welt, vom Krieg gegen die Sowjetunion, dem Holocaust, Vietnamkrieg, Golfkrieg bis zum Balkankrieg.

Nun, alle saßen zusammen im Kreis, was fehlte, war nur noch ein runder Tisch. Das Bündnis, das die Pseudotrotzkisten von GIS bis GAM und isl hier aufbauen wollten, war ein klassischer Propagandablock, der alle Differenzen, die es zwischen den Linken gibt, unter den Tisch kehren und eine fiktive Einheit auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, d. h. notwendigerweise dem rechtesten Programm, herstellen sollte. Wir lehnen solche Blöcke grundsätzlich ab. In der Frage eines möglichen Krieges und der immensen Verschärfung von Repression und rassistischem Terror ist die offene Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Programme dringender denn je notwendig, um es linken Jugendlichen, Arbeitern und Immigranten zu ermöglichen, die richtigen Antworten, wie man dagegen siegreich kämpfen kann, zu finden. Die Losungen, die die GAM für den geplanten Propagandablock lieferte, waren: 1) Solidarität mit den Opfern! 2) Nein zu jeder Militäraktion von USA, NATO und Bundeswehr! 3) Stopp der rassistischen Hetze gegen ImmigrantInnen! 4) Nein zum Abbau demokratischer

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne

Quoten der Abokampagne 2001

Berlin	170
Hamburg	130
Auf Entfernung	15
Gesamt	315

Dazu: Ein Spartakist-Paket eurer Wahl

- Polemiken gegen „Anti-Globalisierungsbewegung“
- Für permanente Revolution im Nahen Osten!
- Bundeswehr/NATO/UNO/OSZE – Raus aus dem Balkan!



Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

145

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60



Spartakist

Berlin, 22. September: Spartakisten intervenieren bei Antikriegsdemo

Antikriegstreffen...

Fortsetzung von Seite 3

Rechte! Diese Bündnislosungen klingen zwar ziemlich links, aber ihr ganzer Zweck besteht darin, den Schulterchluss mit der PDS zu vollziehen im Namen des Kampfes gegen (US-geführten) Krieg. Deswegen kein Wort gegen SPD und Grüne, die den deutschen Imperialismus verwalten, Krieg führen wollen, rassistischen Staatsterror gegen Immigranten organisieren und die demokratischen Rechte massiv einschränken. Und erst recht kein Wort gegen die PDS, die jetzt die Hauptstadt und später, falls sie kann, auch bundesweit zusammen mit der SPD für die Bourgeoisie regieren möchte.

Es war interessant, dort unser WTC-Extra zu verkaufen, zuzuhören und zu intervenieren. Zuerst sollte sich jeder vorstellen und sagen, wofür er steht. Zwei Genossen erklärten unsere Position zu den Anschlägen auf das World Trade Center (siehe Titelseite) und fuhren fort: „Die GAM will also ein Bündnis gegen einen NATO-Krieg. Beim letzten Balkankrieg riefen sie nach ‚Unabhängigkeit für Kosovo‘, was der Schlachtruf und Vorwand der NATO für diesen Krieg war. Sie liefen mit auf Demos, die Losungen hatten wie ‚NATO: Viel Glück!‘ Wenig später unterstützten sie die von den Imperialisten gesponserte serbische chauvinistische

Opposition. Kurz darauf verwandelte sich die UCK für die GAM von einer ‚Befreiungsbewegung der Albaner‘ in ‚bürgerlich-nationalistische Führer‘, die ‚reaktionäre nationalistische Kampagnen‘ führen, wie für die Imperialisten übrigens auch. [Nur kurz vor der Linienänderung der GAM hatte der Beauftragte für Außenpolitik des imperialistischen EU-Blocks, Javier Solana, von der mazedonischen UCK als ‚Terroristen‘ gesprochen.] Und dann hat uns die GAM vorhin heimlich verraten, dass sie aufrufen werden, für die PDS zu stimmen.“

Hier wurde das einzige Mal ein Redner durch den GAM-Vorsitz unterbrochen. Es war ja auch zu gemein von uns, alles zu verraten, worum es diesen parlamentaristischen Rattenfängern ging, nämlich um einen PDS-Propagandablock! Und sie wollten um jeden Preis die Entlarvung der PDS, die sie von uns jetzt zu Recht erwarteten, verhindern.

Ein bisschen Hintergrund dazu: Gerade angesichts der Gysi-initiierten chauvinistischen Demo am Brandenburger Tor hat die PDS nämlich um bei linken Jugendlichen und Arbeitern Schwierigkeiten. Mehr noch, im Bestreben sich als „regierungsfähig“ zu beweisen, sprach PDS-Spitzenkandidat Gysi sich nur wenige Tage nach der Kriegsmobilisierung der nationalen Einheitsfront offen für „begrenzte militärische Aktionen“ (*Berliner Zeitung*, 17. September) aus. Dies führte zu einem Aufschrei von PDS-Linken. So erschien in der *jungen Welt* ein Kommentar von Rainer Rupp unter dem Titel „Feldherr Gysi“ (19. September): „Der Vorstand sollte sich jedoch darüber im klaren sein, daß große Teile der PDS-Basis diese Anbiederung Gysis und Paus an die Rache- und Vergeltungsfraktion der deutsch-amerikanischen Kriegstreiber nicht mittragen.“ Sicherlich. Aber was ist Rupps Perspektive? Der Aufruf zur Wahl der sozialdemokratischen, völlig reformistischen DKP! Im Gegensatz zu diesem parlamentarischen Kretinismus wollen wir linke Jugendliche und Arbeiter von SPD, PDS und ihren linken Anhängseln brechen und für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei gewinnen, die für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution kämpft.

Am 19. September stimmte die PDS im Bundestag gegen Deutschlands Unterstützung für einen „Gegenschlag“ der NATO. Das hat aber absolut nichts mit Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun, den sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die deutsche Bourgeoisie verwalten und den sie auch bundesweit verwalten wollen. Unterstrichen wird dies auch durch ihr sozialchauvinistisches Bekenntnis zur Verteidigung „der Zivilisation“ – rassistisches Kodewort für die „Werte“ des imperialistischen Ausbeutersystems. Was die PDS ablehnt, ist lediglich die US-Führung eines solchen Kriegs. Dieser nationalistische Antiamerikanismus ist nichts Neues. Im Golfkrieg 1991 forderten sie eine UN-Hungerblockade als „friedliche“ Alternative zu den US-geführten Bombardierungen. Diese Blockade hat inzwischen 1,5 Millionen Irakis getötet. Im Balkankrieg war die PDS gegen die US-geführte NATO und trat für OSZE- und UN-Truppen, ebenfalls imperialistische Truppen, ein. Unsere Internationale dagegen intervenierte in diesem Krieg – ohne Milošević auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben – mit der Losung: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien!“ Heute fordern wir: US/Bundeswehr/NATO/UNO/OSZE – Raus aus dem Balkan!

Der PDS-Geschäftsführer Bartsch erklärte in einem Interview mit der *Berliner Morgenpost*: „Ich bin der Auffassung, wenn erwiesen ist, dass es dieser bin Laden ist, dann bin ich dafür, dass er auch aus Afghanistan geholt wird. Da schiene mir auch eine militärische Aktion unter der Hoheit des UN-Sicherheitsrates zulässig“ (15. September). Das

Fortgesetzt auf Seite 18

Spartakist-Jugend-Diskussionstreffen

Hamburg

Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

14-tägig, immer Freitags 18 Uhr
Beginn: 5. Oktober 2001

Treff: Uni Hamburg, Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44

Berlin

Der Kampf für revolutionären Marxismus

14-tägig, immer Montags 18 Uhr
Beginn: 8. Oktober 2001

Humboldt-Universität,
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 207
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Mexiko: Streik bei VW



Fotos: Espartaco

22. August: Massenversammlung von Arbeitern im VW-Werk von Puebla, Mexiko, stimmt für Fortsetzung des Streiks. Am Ende des Streiks erzielten die Arbeiter 14,7 Prozent Lohnerhöhung

Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung des Flugblatts der Grupo Espartaquista de México (GEM), mexikanische Schwesterorganisation der SpAD, vom 27. August ab. Während des Streiks der VW-Arbeiter in Puebla, Mexiko, verteilte das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) – eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation, die mit der SpAD verbunden ist – eine adaptierte Version des Flugblatts an die Arbeiter von VW Wolfsburg und sammelte 138,07 DM von VW-Arbeitern und anderen in Solidarität mit dem Streik.

Die mexikanischen Arbeiter gewannen mit ihrem Streik eine Lohnerhöhung von 14,7 Prozent, nachdem sie ein Angebot von 10 Prozent, das die Gewerkschaftsbürokratie akzeptiert hatte, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt hatten. Dieser verdiente Sieg wurde aber sofort wieder getrübt durch die Ankündigung der Bosse, dass geplante Investitionen von 1,5 Milliarden Dollar nach diesem Streik nicht mehr in Puebla getätigt würden, sondern in einem anderen Werk. Dieses Ausspielen von Belegschaften in verschiedenen Ländern, das oft verbunden ist mit nationalistischen Parolen wie hierzulande der vom „Standort Deutschland“, hat zum Ziel, die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander zu hetzen. Dagegen kämpfen wir für internationale Arbeitersolidarität, um die Angriffe der Bosse zurückzuschlagen durch koordinierte Streikaktionen, die die Kapitalisten in die Knie zwingen. Dies wurde auch von einem jungen Arbeiter in Wolfsburg zum Ausdruck gebracht, der während der Sammlung für Mexiko sagte: „Wir sollten dieses Werk hier auch dicht machen und nicht nur Geld sammeln!“

Dieser Arbeiter hat völlig recht. Die VW-Arbeiter in Deutschland haben eine empfindliche Niederlage hingenommen, als die sozialdemokratische IG-Metall-Bürokratie, assistiert von dem klassenkollaborationistischen VW-Betriebsrat, das Modell „5000 mal 5000“ akzeptierte. Dieses Modell beinhaltet eine massive Lohnkürzung – 20 bis 40 Prozent verglichen mit dem VW-Haustarif – und eine entscheidende Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu wird der Lohn von Produktivität und Qualität abhängig gemacht, d.h. Arbeiter sollen unentgeltlich Überstunden machen, wenn ihre Schicht die von den Bossen vorgegebenen Produktionsziele nicht erfüllt. Die Risiken von Produktionsaus-

fällen, z.B. bei Streiks in Zulieferindustrien, können somit den Arbeitern aufgebürdet werden!

Die Gewerkschaftsbürokratie ist auf das engste mit der regierenden SPD verbunden. Der Busenfreund von VW-Boss Piëch, Bundeskanzler Schröder, musste dringend einen „Erfolg“ bei der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ vorweisen. IG-Metall-Bürokratie und VW-Betriebsrat haben die Interessen aller Arbeiter und aller Arbeitslosen verraten, um der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung – die einen Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse nach dem anderen durchführt – unter die Arme zu greifen. Um die Angriffe auf die Arbeiterklasse zurückzuschlagen, ist es unabdingbar, mit der sozialdemokratischen Politik von Klassenkollaboration zu brechen. Dringend notwendig ist der Aufbau einer klassenkämpferischen Führung der Gewerkschaften, der eng mit dem Aufbau einer revolutionären internationalistischen, multiethnischen Arbeiterpartei verbunden ist.

Der Angriff auf die VW-Arbeiter in Wolfsburg gibt einen bitteren Vorgeschmack von dem, was an Angriffen in der nächsten Zeit auf die Arbeiterklasse in Deutschland zurollt. Die SPD/Grünen-Regierung hat nach dem WTC-Anschlag ihre Beteiligung an imperialistischen „Vergeltungs“-Kriegen zugesagt und damit einhergehend jetzt schon Repressionen gegen Immigranten und ethnische Minderheiten enorm verschärft. Schon im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Serbien griff diese kapitalistische Regierung Arbeiter und Minderheiten mit der Renten- und Steuerreform an, und als sie ein rassistisches Staatsbürgerschaftsgesetz einführte, intensivierte sie Abschiebungen. Um die Klasseneinheit der Arbeiterklasse herzustellen, ist es notwendig, dass die Arbeiter für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ethnische Minderheiten kämpfen und Immigranten gegen die anti-islamische Hetze verteidigen.

Die kommenden imperialistischen Kriege gegen kleine kapitalistische Länder werden noch härtere Angriffe nach innen zur Folge haben, es sei denn, die Arbeiterklasse hier und weltweit stellt sich mit Streikaktionen oder Boykotts von Waffenlieferungen an die Seite der von den Imperialisten unterjochten Völker und der unterdrückten Minderheiten im eigenen Land.

Fortgesetzt auf Seite 6

VW-Streik...

Fortsetzung von Seite 5

Die Massenarbeitslosigkeit wird seit der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und Osteuropa Anfang der 90er-Jahre und der Zerschlagung der Industrie in der ehemaligen DDR als Rammbock benutzt gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und um die Profite der Kapitalisten ins Unermessliche zu treiben. Diese Profite braucht die deutsche Bourgeoisie für die Erreichung ihrer Weltmachtziele, auch gegen ihre imperialistischen Konkurrenten. Die Situation schreit nach Klassenkampf gegen die Massenarbeitslosigkeit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Organisation der Unorganisierten, Organisation der Arbeitslosen! Die Forderung nach einer gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit ist zentral, damit die Kapitalisten nicht in der Lage sind, die Übel des kapitalistischen Niedergangs, Rezession, Inflation, auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die verfügbare Arbeit muss auf alle aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden, bei vollem Lohnausgleich auf höchstem Niveau!

Genau um 11 Uhr vormittags am 18. August wurden am riesigen Volkswagen-Werk in Puebla, Mexiko, die *rojinegra* (rot-schwarze Streikbanner) entfaltet. Die gesamte Produktion kam zum Stillstand, als 12 500 VW-Arbeiter in den Ausstand traten gemeinsam mit den vielen Beschäftigten von VW-Zulieferfirmen, die auch in der Fabrik arbeiten. Die Stimmung war optimistisch vor dieser Fabrik, in der im letzten Jahr die zweithöchste Anzahl Autos in Mexiko (über 425 000) produziert worden waren, 80 Prozent davon für den Export, hauptsächlich in die Vereinigten Staaten. Die Verhandlungen mit Volkswagen waren abgebrochen worden, da die Gewerkschaft der VW-Arbeiter, SITIABV, 21 Prozent Lohnerhöhung forderte (inzwischen noch 19 Prozent), während der staatliche Schlichter beleidigende 5,5 Prozent vorschlug. Ein paar Tage später stimmten die Arbeiter ein VW-Angebot von 7 Prozent nieder.

Volkswagen besteht darauf, die Lohnforderung der Gewerkschaft gehe „über die wirtschaftliche Realität des Landes hinaus“. Die wirtschaftliche Realität in Mexiko sieht so aus, dass sogar vollbeschäftigte Industriefacharbeiter meistens in Armut leben, während andere Arbeiter, Bauern und die Ureinwohner noch schlechter dran sind. Zwar war es den Arbeitern gelungen, VW 15 Prozent mehr abzurufen, als im Industriedurchschnitt gezahlt wird, aber ihr Tageslohn beträgt immer noch weniger als 25 US-Dollar. Der Streik kostet VW jeden Tag 25 Millionen US-Dollar; das zeigt das Ausmaß der Ausbeutung, aber auch die potenzielle Macht der Belegschaft, die diesen Reichtum produziert.

Die mexikanischen Zeitungen sind voll mit Geschichten darüber, wie gut dieser Streik Volkswagen gelegen kommt, da VW auf Grund des absackenden Automarktes in den USA die Produktion runterfahren und seine Bestände abbauen muss. Falls das wahr ist, unterstreicht es noch stärker die dringende Notwendigkeit internationaler Solidaritätsaktionen von VW- und anderen Autoarbeitern auf der ganzen Welt. Ein siegreicher Streik, der seine Lohn- und Sozialleistungsforderungen erreicht, der in Mexiko und international proletarische Solidarität aufbaut und die Arbeiterklasse mit einem Verständnis ihrer enormen sozialen Macht erfüllt, wäre ein großer Sieg für die Arbeiter und eine große Niederlage für Volkswagen.

Dieser Streik kommt zu einem kritischen Zeitpunkt, ein Jahr nachdem Vicente Fox von der reaktionären Partei der Nationalen Aktion (PAN) Präsident wurde. Fox' Pläne, die mexikanische Wirtschaft unter dem NAFTA-Abkommen [Nordamerikanisches Freihandelsabkommen] dem Imperialismus „vollständig zu öffnen“, erfordern die Zerschla-

gung von Arbeiterkämpfen. Mit dem Ende der mehr als 70-jährigen Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) gab es eine Lockerung der korporatistischen Struktur, die die Gewerkschaften direkt an die regierende bürgerliche Partei kettete (siehe „Mexico: NAFTA's Man Targets Labor“ [NAFTAs Mann hat Arbeiter im Visier], *Workers Vanguard* Nr. 748, 15. Dezember 2000). Unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und streikbrecherischem, gewerkschaftsfeindlichem Geschwafel über „Recht auf Arbeit“ führt jetzt die PAN – mit Unterstützung der PRI und der bürgerlich-nationalistischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD) – einen Krieg gegen die Gewerkschaften, während sie gleichzeitig ihren Apparat des staatlichen Terrors verstärkt. Geplant sind dabei auch „ländliche Wachregimenter“, um eine befürchtete soziale Explosion in den ländlichen Gebieten zu zerschlagen.

Gleichzeitig verurteilt die Bourgeoisie Millionen zu Arbeitslosigkeit und Elend. Allein dieses Jahr hat es über eine halbe Million Entlassungen gegeben. Bauern und Ureinwohner werden vom Land vertrieben und dazu gezwungen, sich in den Städten unter den schrecklichsten Bedingungen irgendwie durchzuschlagen. Es ist bedeutsam, dass sich Bauernorganisationen mit dem VW-Streik solidarisieren. Dieser Streik könnte richtungweisend sein für die Arbeiterbewegung in Mexiko und ein Beispiel für Arbeiter auf der ganzen Welt geben und dazu beitragen, internationalen Klassenkampf zu entfachen.

Brecht mit allen bürgerlichen Parteien!

Der Ausgangspunkt für eine kämpferische Arbeiterbewegung, die zur Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen und der Interessen aller derer mobilisiert, die am Boden der Gesellschaft leben – Bauern, Frauen, Ureinwohner –, ist das Verständnis, dass die kapitalistische Gesellschaft nach Klassen getrennt ist. Arbeiter sind, um zu überleben, dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen. Die Interessen dieser zwei Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie, sind unversöhnlich entgegengesetzt. Die Sicht der Bourgeoisie wurde sehr unverblümt ausgedrückt durch Raúl Picard, Präsident von Canacintra, einer Organisation von Industriellen:

„Wenn eine Gewerkschaft beabsichtigt, uns die Richtung vorzugeben, befindet sie sich in einem großen Irrtum. Wir sind die Eigentümer der Betriebe, wir sind diejenigen, die das Geld riskieren, und wir kümmern uns um das Wohlergehen der Arbeiter. In dem Moment, in dem sich das umkehrt, können sie die Betriebe bezahlen und sie können tun, was auch immer sie wollen, wir gehen dann woanders hin.“ (*La Reforma*, 22. August)

Den weit verbreiteten Hass, den es innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie gibt, in die Fähigkeit umzusetzen, die Gesellschaft grundlegend umzuwälzen, ist eine politische Frage. Die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist zentral: das Verständnis, dass nicht nur die Bosse selbst die Feinde sind, sondern dass der bürgerliche Staat – Polizei, Gerichte, Armee – existiert, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie zu verteidigen. Der Staat ist kein unparteiischer Schiedsrichter, um Auseinandersetzungen zu klären, und kann es gar nicht sein. Nieder mit der staatlichen Schlichtungs- und Schiedskommission!

Die hauptsächliche ideologische Barriere für revolutionäres Klassenbewusstsein des Proletariats in Mexiko ist bürgerlicher Nationalismus, der die Klassenlinie in der Gesellschaft verwischt, die Arbeiter davon abhält, ihre gemeinsamen Interessen mit Arbeitern auf der ganzen Welt zu erkennen, und Illusionen sät, die mexikanische Bourgeoisie könne ein potenzieller Verbündeter sein. Die PRD hat sich angesichts von Wahlniederlagen und schwindender

Popularität nach Bündnissen sowohl mit der PRI als auch mit der PAN gedrängt. Die PRD repräsentiert jenen Sektor der mexikanischen Bourgeoisie, der für Importbeschränkungen ist, da diese nicht in der Lage ist, mit den Imperialisten zu konkurrieren, und der Nationalismus propagiert, um die Arbeiterklasse davon abzuhalten, sich gegen ihren Klassenfeind zu erheben. Dass die PRD kein Freund der Unterdrückten ist, wurde wiederholt vorgeführt vom PRD-Bürgermeister von Mexiko Stadt, Manuel Lopez Obrador, der Angriffe gegen Gewerkschaften in der Hauptstadt anführte und die Staatsmacht gegen Studenten, Arbeiter und Bauern einsetzt, die im Kampf stehen.

Diejenigen Gewerkschaften, die nicht dem korporatistischen, mit der PRI verbundenen Gewerkschaftsdachverband CTM angehören und die oft politisch mit der PRD verbunden sind, werden fälschlicherweise als „unabhängig“ bezeichnet. Die Führungen dieser Gewerkschaften (wie die SITIAVW) und der „unabhängige“ Gewerkschaftsverband UNT schüren Illusionen in den Kapitalismus, indem sie bürgerlichen Nationalismus und demütige Verneinung vor dem bürgerlichen Staat propagieren. Das klarste Beispiel dafür ist die Aufforderung des SITIAVW-Führers José Rodriguez an Fox' Arbeitsminister Carlos Abascal, ein reaktionäres, gegen die Arbeiter wütend hetzendes chauvinistisches Schwein, in den Streik zu intervenieren (und zwar „energisch“!).

Die „unabhängige“ Gewerkschaftsführung verfolgt ebenso wie die CTM-Bürokratie ein Programm der Klassenkollaboration. Sie akzeptieren ein System, das auf der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital basiert, und nur innerhalb dieses Rahmens führen sie (manchmal) Kämpfe, damit die Arbeiter ein paar Brosamen mehr vom Tisch der Bosse abbekommen. Die Arbeiterklasse hat die potenzielle Macht, wenn sie von einer Partei mit einem revolutionären Programm geführt wird, das kapitalistische System mit der Wurzel auszureißen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die auf einer Produktion für die Bedürfnisse der Menschen basiert, und damit alle Unterdrückten zu befreien. Dafür kämpfen wir Trotzlisten von der Internationalen Kommunistischen Liga.

Für internationale Arbeitersolidarität!

Vier Tage nach Streikbeginn füllten Tausende Arbeiter und andere mit einer Solidaritätsdemonstration die Straßen von Puebla. Viele Gewerkschaften aus Puebla und Mexiko Stadt waren vertreten, und Unterstützungserklärungen von Arbeitern in den USA und anderswo wurden verlesen. In der Menge gab es auch Arbeiter aus der Gegend, die in Zwangsurlaub geschickt worden sind oder bei Maschinenstillstand halben Lohn bekommen, weil ihre Bosse an VW Teile liefern. Offensichtlich haben diese Arbeiter gemeinsame Interessen. Sie sollten alle in der gleichen Industriegewerkschaft sein, mit einem gemeinsamen Vertrag. Dieser Streik wird auch eine Auswirkung haben, wenn die Arbeiter anderer Hersteller ihre nächsten Verträge aushandeln. Das Ford-Werk im Staat Mexiko entlässt gegenwärtig Arbeiter und das Chrysler-Werk in Mexiko City soll geschlossen werden. Für Arbeitersolidarität zur Verteidigung der Arbeitsplätze! Weitet den Streik aus!

Vor dem Streik hatte Volkswagen damit begonnen, Betrieben, die Teile zuliefern und deren Arbeiter keine Mitglieder von SITIAVW sind, zu erlauben, direkt im VW-Werk ihre Produktion zu errichten. Hauptziel von VW ist dabei, die Macht der Gewerkschaften zu brechen durch die Spaltung der Belegschaft. Das Recht auf einen *closed shop* – jeder, der in einer Fabrik arbeitet, muss Mitglied der Gewerkschaft sein – ist in der *cláusula de exclusión* (Ausschlussklausel) des Bundesarbeitsgesetzes festgelegt. Der Oberste Gerichtshof hat das Recht für verfassungswidrig erklärt mit der Begründung: „Es gibt das Risiko, dass es ange-



Personalchef Hartz (links) und Betriebsrat Volckungeln mit Hilfe des Modells „5000 mal 5000“ gemeinsam Angriff auf VW-Arbeiter aus

wendet wird, um die Gewerkschaften zu stärken auf der Basis von Terror.“

Die Bancomer Financial Group führte 1999 in einer Erklärung namens „Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt“ aus, warum die Kapitalisten die Ausschlussklausel hassen: „Wenn im Falle einer Machtprobe zwischen dem Boss und der Gewerkschaft letztere eine Klausel vorweisen kann ... um den Betrieb daran zu hindern, jene Arbeiter einzustellen, die er für produktiver hält ... dann verliert der Betrieb seine Freiheit, zu bestimmen, wer eingestellt wird, und darüber hinaus kann er die Produktivität nicht maximieren.“ Gibt es den *closed shop* nicht, steht es dem Eigentümer frei, Streikbrecher anzuheuern oder „persönliche Gefallen“ zu fordern im Austausch gegen einen Arbeitsplatz. Jetzt, wo Fox die PRI von der Macht vertrieben hat, sieht er keinen Vorteil in diesem Gesetz, das den Gewerkschaften zugute kam, die mit der PRI verbunden waren. Andere vorgeschlagene „Reformen“ des Arbeitsgesetzes sollen das Streikrecht und den Acht-Stunden-Tag abschaffen.

Die pseudotrotzkistische Internationalist Group (IG) veröffentlichte kürzlich (in englischer Sprache in New York) eine Polemik gegen unsere Verteidigung des *closed shop* mit dem Titel „ICL Supports Anti-Union Exclusion Clause in

Fortgesetzt auf Seite 19

Abonniert!

Zeitung der
Grupo
Espartaquista
de México

4 Ausgaben
DM 8,-

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Anschlag...

Fortsetzung von Seite 1

zeigte ihre abscheuliche Fratze erst kürzlich, als der deutsche Imperialismus unter der Führung von SPD/Grünen an der Bombardierung Serbiens teilnahm, die das Land schlimmer verwüstete als Hitlers Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Hand in Hand mit dem Aufpeitschen von Nationalismus und den Kriegsvorbereitungen geht verschärfter Rassismus. Wie auch in den Vereinigten Staaten, wo es inzwischen eine Reihe von Angriffen gegen arabische aussehende Menschen und Schüsse und Steinwürfe auf Moscheen gegeben hat, wird eine massive rassistische Hetze gegen Muslime betrieben. Sie richtet sich vor allem gegen Palästinenser und Araber. Und während die rachsüchtigen Imperialisten ihre mörderische „Vergeltung“ vorbereiten, führt Israel schon jetzt eine tödliche Mordkampagne auf der West Bank und tötete allein am 12. September elf Palästinenser. Wir rufen auf: **Verteidigt das palästinensische Volk!**

Aber auch Immigranten türkischer und kurdischer Herkunft sind im Fadenkreuz der rassistischen Hetze. Momentan ist Hamburg besonderer Schwerpunkt dieser Kampagne angesichts der dortigen Verhaftung angeblich Verdächtiger. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über einen deutschen Muslim in München: „Angepöbelte wurde er ... weil er zusammen mit seiner Nichte auf der Straße lief. Sie trug Kopftuch. ‚Wir sind die schwarzen Schafe.‘ Und am Tag der Attentate hat vier-, fünfmal das Telefon geklingelt im Gemeindezentrum. Immer dieselbe Stimme. Sie drohte, ‚euch alle‘ auszurotten. Jeder hier weiß, wer mit ‚alle‘ gemeint war“ (13. September). Ebenso erhält der Zentralrat der Muslime in Köln Morddrohungen am laufenden Band. Die Gleichsetzung von Muslim = Terrorist ist eine dreckige rassistische Lüge! Wir Trotzisten von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands erklären: Vom Krieg gegen die Sowjetunion und dem Holocaust über Vietnam und Irak bis zum Balkankrieg – die größten Terroristen der Welt hüllten sich heute in Schwarz-Rot-Gold oder ins Sternenbanner, und während sie von Demokratie reden, rauben sie die Welt aus und unterjochen sie. Wir teilen die Trauer um die unschuldigen Opfer des Terroranschlags. Aber wir warnen, dass die Wut der Bevölkerung von den größten Massenmördern, die die Welt je sah, zynisch manipuliert werden soll. Ein Banner vor der US-Botschaft brachte die berechtigte Furcht eines Demonstranten zum Ausdruck: „No revenge, please. No World War III“ [Keine Rache, bitte. Kein 3. Weltkrieg].

Die rassistische Hetze ist eine direkte Bedrohung gegen die multiethnische Arbeiterklasse hier in Deutschland mit ihrem rassistischen Bestandteil von aus der Türkei und

Kurdistan eingewanderten Arbeitern und gegen die Gewerkschaften. Gleichzeitig wird eine „Sicherheits“hysterie entfesselt, die dazu dient, Staatsterror zu verschärfen. Bei den unverzüglich verschärften Grenzkontrollen gab es jetzt schon eine Reihe von Verhaftungen. Die *Berliner Zeitung* berichtet: „Zudem, so Scholz [CDU-Rechtsexperte], müsse gegen extremistische ausländische Gruppen in Deutschland, die etwa zum Krieg gegen Israel oder die USA aufriefen, ‚strikt vorgegangen werden.‘“ Der gleiche Artikel zitiert SPD-Innenminister Schily: „Die scharfe Abgrenzung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben sei nicht mehr gültig“ (13. September). Der verschärfte Staatsterror wird sich vor allem gegen Immigranten, Linke und letztlich alle Arbeiter richten und soll sie einschüchtern, damit sie keinen Widerstand gegen die zahllosen Angriffe der Bosse und deren SPD/Grünen-Regierung leisten.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind schon dabei, die Klasseninteressen der Arbeiter auf dem Altar der „nationalen Einheit“ an die Bosse zu opfern: Die ver.di-Führung ruft ihre Mitglieder auf, sich an der Regierungsdemonstration am Freitag zu beteiligen, was nur die Kriegsvorbereitungen und Repressionsverschärfungen der Bourgeoisie anfachen wird. Der französische KP-Minister Gayssot unterstützte die Unterdrückung ziviler Rechte durch das Programm „Vigipirate“, das Unmut und Selbstverteidigung der Arbeiterklasse einschüchtern soll. Italienische Gewerkschaftsführer riefen auf zu reaktionären Streiks „gegen Terrorismus und für Demokratie“ und machen so gemeinsame Sache mit den rechtmäßigen Erben Mussolinis in der Alleanza Nazionale; australische und italienische Gewerkschaftsspitzen stoppten geplante Streiks, um sich auf die Seite der Regierung zu stellen. Solche Aktionen werden die Bourgeoisie nur ermutigen, den arbeitenden Massen noch größere Opfer abzupressen. Schon nach Genua kündigten die europäischen Herrscher den Aufbau einer multinationalen Polizeitruppe an. Dabei wurden sie von der reformistischen Linken in Deutschland unterstützt, indem diese sich in die bürgerliche Hetze gegen den Schwarzen Block als angeblichen Verursacher von Gewalt einreihen. Jetzt, mit den furchtbaren und nicht zu verteidigenden terroristischen Akten gegen die USA, wischt sich der italienische Innenminister das Blut Carlo Giulianis von den Händen und kündigte gestern an, dass die „Genua-Affäre“ „abgeschlossen“ sei. Angesichts der Rezession sollte es klar sein, dass die Kugeln, die auf Anarchisten in Genua und Göteborg gefeuert wurden, von den EU-Mächten auf die Arbeiter Europas abzielten!

Ein Teil der deutschen Linken möchte sich nicht an Beschwörungen über den „Kampf gegen weltweiten Terrorismus“ beteiligen. So liest man in der *jungen Welt*, die ein Sprachrohr für diverse Oppositionelle in der PDS ist, mehrere Artikel, die korrekterweise hervorheben, dass es gewöhnlicherweise die US-Imperialisten sind, die Terror auf die Welt niederregnen lassen. Nur sind die Kommentare in der *jungen Welt* der letzten beiden Tage ausschließlich gegen die USA gerichtet. Im Gegensatz dazu ziehen wir Trotzisten im Geist des proletarischen Internationalismus eine **Klassenlinie**: gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land und in Solidarität mit unseren Klassenbrüdern und -schwestern auf der ganzen Welt für sozialistische Weltrevolution, die einzige Lösung gegen Bigotterie, Rückständigkeit, religiösen Obskurantismus und die immer mehr spürbare Drohung eines Weltkriegs. Wir fühlen uns geehrt, die Erklärung unserer Genossen der SL/U.S. abzudrucken, die unter schwierigen Umständen und aus der Höhle der verwundeten und gefährlichen imperialistischen Bestie heraus veröffentlicht wurde.

12. SEPTEMBER – Der gestrige Anschlag auf das World Trade Center, begangen durch die Entführung von Zivil-



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Der Spiegel



**SPD/Grünen-Regierung
benutzte Anschlag auf das
World Trade Center
sofort dazu, rassistische
Hetze aufzupeitschen
und den staatlichen
Repressionsapparat
auszubauen**

flugzeugen, die hunderte von Passagieren und Besatzungsmitglieder tötete, war ein nicht zu verteidigender Akt kriminellen Terrors. Das World Trade Center kann vielleicht als Symbol des Reichtums und der globalen Ausdehnung des US-Imperialismus gesehen werden, aber in ihm waren Arbeiter aller Rassen, Ethnien und Religionen beschäftigt. Und um 9 Uhr morgens an einem Werktag waren tausende anderer Arbeiter – Nahverkehrsarbeiter, Bauarbeiter, Büroangestellte und unzählige andere – in den Zwillingstürmen oder in ihrer Nähe unterwegs.

Es geht nicht einfach nur darum, dass das Ziel nicht einmal eine Institution war, die die brutalen und mörderischen Herrscher des US-Imperialismus repräsentiert. Diejenigen, die diesen entsetzlichen Anschlag begingen (und es gibt überhaupt keinen Beweis dafür, wer es war), *haben dieselbe Mentalität wie die rassistischen Herrscher Amerikas – sie identifizieren die arbeitenden Massen mit ihren kapitalistischen Ausbeutern und Unterdrückern!*

Die herrschenden Parteien – Demokraten und Republikaner – sind nur allzu scharf darauf, die Toten und Verletzten benutzen zu können, um ihre kapitalistische Klassenherrschaft zu stärken. Es ist eine Gelegenheit für die Ausbeuter, mit Patriotismus à la „eine unteilbare Nation“ hausieren zu gehen, um zu versuchen, den wachsenden Zorn am Boden dieser Gesellschaft von sich abzulenken, und zwar auf einen nicht definierbaren ausländischen „Feind“ sowie auf Immigranten in den USA, und um ihr Arsenal an staatlicher Repression im eigenen Land gegen alle arbeitenden Menschen zu verstärken. Das kommt ihnen besonders

gelegentlich, da weitere hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet werden – und so den Berg menschlicher Armut, Elend und allseitiger Erniedrigung wachsen lassen, der durch die amerikanische herrschende Klasse in den letzten zehn Jahren geschaffen wurde durch die Zerstörung von Sozialprogrammen, die der Arbeiterklasse, Minderheiten und den Armen zugute kamen.

Jetzt heißt es „schart euch um die Fahne“, während der republikanische Präsident Bush mit vollkommener und parteiübergreifender Unterstützung des Kongresses die Kriegsmaschine des Pentagon klarmacht für Terrorangriffe und Schlimmeres gegen die Menschen in den Ländern, die, wie sie behaupten, die Terroristen „beherbergten“. Die letzte solcher „Vergeltungen“, die auf die Bombardierung der US-Botschaften in Kenia und Tansania folgte, bestand darin, 80 Cruise Missiles auf Afghanistan und eine Arzneimittelfabrik im Sudan herabregnen zu lassen. Vorher gab es den massiven Krieg gegen Irak 1991, ein Krieg, der sich mit regelmäßigen US-Bombenüberfällen fortsetzt, während mehr als anderthalb Millionen Irakis durch die UN-Hungerblockade getötet wurden. Die kapitalistischen Medien erinnern mit grellen Überschriften an „Pearl Harbor“. Aber es war der US-Imperialismus, der als erstes und einziges Land in der Welt Atomwaffen einsetzte bei der nuklearen Einäscherung einer *viertel Million Menschen* in Hiroshima und Nagasaki 1945.

Als Kommunisten in der Höhle des imperialistischen Löwen kämpfen wir darum, die arbeitenden Menschen hier

Fortgesetzt auf Seite 10

Spartakist-Veranstaltungen

**Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung“
Die Welt nach dem Anschlag auf das World Trade Center**

Berlin

Donnerstag, 18. Oktober 2001, 18.30 Uhr
KATO
im U-Bahnhof Schlesisches Tor
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

Samstag, 20. Oktober 2001, 16.00 Uhr
Adama Restaurant, Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze
Kontakt: (0 40) 32 36 44

Anschlag...

Fortsetzung von Seite 9

in Opposition zu den Kriegszielen und militärischen Abenteuern der amerikanischen Herrscher im Ausland zu mobilisieren. Wir standen für die militärische Verteidigung Iraks gegen den US-Imperialismus während des Golfkriegs und angesichts der darauf folgenden Terrorbombardierungen, und wir waren von Anfang an gegen die Hungerblockade, die eine Kriegshandlung ist. Und als vor zwei Jahren die US-geführte NATO einen heftigen Angriff gegen Serbien führte, was die gesamte Infrastruktur dieses Landes zerstörte, entrollten wir das Banner: Stürzt den US-Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien! In beiden Fällen, Irak und Serbien, sagten wir, dass es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder ist, die blutigen nationalistischen Regime, die sie unterdrücken, zu stürzen.

Gleich nach dem Anschlag auf das World Trade Center flogen schnell und wütend verschiedene erfundene „Vorfälle“ durch die bürgerlichen Medien. Geschichten, dass das Flugzeug, das in Pennsylvania abstürzte, auf dem Weg nach Camp David war (woher wollen sie das wissen?), dass eine Bombe am Washington-Denkmal gelegt worden wäre, dass das Militär ein Flugzeug über Washington, D.C., abgeschossen hätte – alle Geschichten verschwanden fast so schnell, wie sie berichtet wurden. Das ist typische imperialistische Kriegspropaganda, genauso wie der fabrizierte Vorfall im Golf von Tonkin, den die USA benutzten, um ihren Krieg gegen Vietnam zu eskalieren, in dessen Verlauf drei Millionen Vietnamesen umgebracht wurden, bevor die heldenhaften Arbeiter und Bauern dieses Landes den amerikanischen Koloss besiegten.

Der Anschlag auf das World Trade Center wurde der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, islamischen Gruppen wie Hamas, der afghanischen Taliban-Regierung und Osama Bin Laden zugeschrieben. Alle haben jegliche Verantwortung vehement zurückgewiesen. Aber selbst wenn es Bin Laden gewesen wäre, der jetzt ein Allzweckfeind des US-Imperialismus ist, er selbst ist eine Kreatur der amerikanischen imperialistischen Herrscher, die seine Dienste kauften und bezahlten während des islamischen „Heiligen Kriegs“ gegen die sowjetische Armee in Afghanistan. Wir begrüßten die Intervention der Roten Armee in Afghanistan und stellten fest, dass sie eine der wenigen wirklich fortschrittlichen Handlungen der sowjetischen stalinistischen Bürokratie war, die die Möglichkeit eröffnete, die sozialen Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 auszuweiten, insbesondere auf die

grausam unterdrückten Frauen Afghanistans. Ziel von Bin Laden und seinen CIA-unterstützten islamischen Fundamentalisten war es, Barbarei und Versklavung in Afghanistan aufrechtzuerhalten.

Aber es ist nicht einfach der scheinbar allgegenwärtige und nicht identifizierbare „äußere Feind“, auf dessen brutale Unterdrückung sie sich vorbereiten. Die kapitalistischen Herrscher werden den Anschlag auf das World Trade Center auch dazu benutzen, die Macht ihres Staates – die Bullen, Gerichte, Gefängnisse und Streitkräfte – dramatisch auszubauen gegen den „inneren Feind“. Nach dem Bombenanschlag in Oklahoma City 1995 erließ die Regierung von Clintons Demokratischer Partei den „Omnibus Counterterrorism Act“ [Antiterrorismus-Sammelgesetz], wonach Immigranten und alle „Ausländer“ in geheimen Verfahren vor Willkür-Gerichte ohne Jury gezerrt werden können, ohne dass auch nur eine Anklage präsentiert wird. Die Demokraten, mit der vollen Unterstützung der Republikaner, erließen auch den Effective Death Penalty Act [Gesetz über die Todesstrafe], das die Zahl von Verbrechen, für die die Todesstrafe verhängt werden kann, ausweitete.

Während sich die chauvinistische Hysterie überschlägt, werden die unmittelbarsten Ziele der Repressionskräfte alle Leute mit Abstammung aus dem Nahen Osten sein. Dies ist nicht nur der Fall in den USA, sondern auch in Westeuropa. So überflutet beispielsweise die französische Regierung die U-Bahnen mit paramilitärischen Polizeikräften, um Leute mit nordafrikanischer oder nahöstlicher Herkunft zu terrorisieren. Grundsätzlicher geht es darum, die multirassische Arbeiterklasse einzuschüchtern und von allen sozialen Kämpfen zurückzuhalten. Die Arbeiterleutnants der Bourgeoisie in der AFL-CIO-Bürokratie – die die Arbeiter an die Parteien ihrer Ausbeuter fesseln, besonders an die Demokraten – tun ohne Zweifel ihr Bestes in dieser Beziehung. Aber der Abstand zwischen einer Hand voll schrecklich Reicher, die von der immer brutaleren Ausbeutung profitieren, und dem Rest der Gesellschaft steigt exponentiell. Die Herrschenden fürchten, dass schon ein Funke des Protests zu einem sozialen Großbrand führen kann. Um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, ist es unabdingbar, dass sie ihre innenpolitischen Repressionskräfte ausbauen, die seit langem gegen die fürchterlich unterdrückten Massen in den Ghettos und Barrios eingesetzt werden.

Mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion, einem Arbeiterstaat, der, wie bürokratisch degeneriert auch immer, eine Alternative zu kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung darstellte, rühmten sich die USA, die „einzige Supermacht der Welt“ zu sein, und die imperialistischen Herrscher Amerikas dachten, sie könnten unangefochten über den Rest der Welt hinwegtrampeln. Es ist ein Maß für den intensiven Hass auf den US-Imperialismus, dass es möglich war, dass die Zerstörung des World Trade Centers, die wahrscheinlich tausende Unschuldige das Leben gekostet hat, enthusiastisch von vielen rund um die Welt begrüßt wurde. Es ist auch ein Maß davon, wie sehr es als unmöglich empfunden wird, den US-Imperialismus von innen heraus zu zerstören. Die Leute, die die Wall Street und Washington beherrschen, können und müssen von innen hinweggefegt werden, von der Arbeiterklasse der USA, die eine große Zahl von Schwarzen, Latinos und eine zunehmende Zahl von immigrierten Arbeitern aus dem Nahen Osten, dem indischen Subkontinent und Ostasien einschließt.

Die feige reformistische „Linke“ in diesem Land, besonders personifiziert durch die International Socialist Organization (ISO), zeigt jetzt mit dem Finger darauf, dass die amerikanischen Herrscher während des Kalten Krieges Bin Laden und die afghanischen Taliban als „Freiheitskämpfer“ unterstützt haben. Worüber die ISO nicht spricht, ist ihre



Neu! Spartacist

(deutsche Ausgabe)

Nr. 22
Sommer 2001
64 Seiten

DM 3,-

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Israelische und palästinensische Frauen demonstrieren gemeinsam. Angesichts zionistischer Mordkampagne gegen Palästinenser fordern sie: Stoppt die Besatzung!



eigene Unterstützung dieser Reaktionen gegen die sowjetische Rote Armee. In Europa haben die Gruppen, die einst als „radikale Linke“ bezeichnet wurden, längst ihre politischen Seelen an ihre „eigene“ Bourgeoisie verkauft. Gegen den amerikanischen Imperialismus als den „Hauptfeind“ zu schimpfen ist für sie einfach ein Alibi für ihre Lehnstreue zu ihren sozialdemokratischen Regierungen, die an die Macht gebracht wurden, um massive Austeritätsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

In den neokolonialen Ländern, wo die Masse des Volkes mit dem totalen Bankrott des kleinbürgerlichen Nationalismus konfrontiert ist, gibt es ein Anwachsen des religiösen Obskurantismus, speziell des Islam. Angesichts der bewaffneten Macht des US-Imperialismus und der völkermörderischen zionistischen Herrscher, die er finanziert und bewaffnet, sehen einige kaum andere Alternativen, als sich Sprengstoff umzubinden und sich gegen die zu werfen, die sie als ihre Unterdrücker sehen.

Wer auch immer die Ausführenden der Selbstmord-Anschläge auf das World Trade Center waren, es war eine Demonstration der Mentalität von Leuten, die typischerweise als religiöse Fanatiker an eine gottgegebene Mission glauben, alle „Ungläubigen“ auszulöschen. Solche islamischen Fanatiker sehen Gewerkschafter, Linke und unverschleierte Frauen als Ungläubige, die Gottes Zorn verdienen. Letztendlich unterscheidet sich ihre Einstellung nicht von der christlicher fundamentalistischer Eiferer, die Abtreibungskliniken in den USA bombardieren. Die inländische Geheimpolizei, das FBI, wurde bis vor kurzem von Louis Freeh geführt, einem Mitglied der wahrlich finsternen katholischen Opus Dei. Diese Einstellung unterscheidet sich auch nicht von der faschistoider Zionisten, die versuchen, die als jüdisches „heiliges Land“ erachteten Gebiete von der palästinensischen Nation zu „säubern“.

Terroristische Bombardierungen werden meist ausgeführt von nationalistischen oder religiösen Kräften, weil diese bestenfalls indifferent oder schlimmstenfalls feindlich gegenüber der gesamten Bevölkerung sind, die sie für den Feind halten. Der Anschlag auf das World Trade Center war und konnte nur zum Ziel haben, ein wahlloses Abschlagen möglichst vieler – normaler, multiethnischer, arbeitender – Menschen.

Als Marxisten lehnen wir Terrorismus als Strategie ab, auch wenn er von realen, wenn auch falsch geleiteten, anti-imperialistischen Impulsen herrührt und sich als Ziel wirkliche Institutionen staatlicher Unterdrückung wählt, was in Bezug auf die Anschläge auf das World Trade Center ein-

deutig nicht der Fall war. Individuelle Taten, wie heroisch auch immer in speziellen Fällen, stehen im Gegensatz zu proletarischem Klassenkampf und dem Bewusstsein, das die Arbeiterklasse braucht, um an der Spitze aller Unterdrückten zu stehen beim revolutionären Umsturz des ganzen Systems imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Vielmehr dient solcher Terrorismus hauptsächlich dem bürgerlichen Staat als Vorwand, seine Unterdrückung zu verstärken.

Nach der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion haben die amerikanischen imperialistischen Herrscher als Ersatz für den Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus“ das Gespenst vom „islamischen Terrorismus“ gesucht. Dies ist der neue äußere Feind, gegen den sie die Bevölkerung mobilisieren wollen. Sie zielen darauf, den Anschlag auf das World Trade Center zu benutzen, um weitere Unterstützung für ihren imperialistischen Terror im Ausland zu bekommen und um die Lüge zu fördern, dass die arbeitende Bevölkerung der USA gemeinsame Interessen mit ihren kapitalistischen Ausbeutern hätte. Wir sagen: US-Imperialismus – Hände weg von der Welt! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Unser Zweck ist, eine proletarische, internationalistische, revolutionäre Partei aufzubauen, die in die Arbeiterklasse das Verständnis ihrer sozialen Macht und ihres historischen Interesses, der Totengräber des US-Imperialismus zu sein, hineinträgt. ■

NEU!

Partisan Defense Committee
September 2001 Pamphlet \$ 5.00

Mumia Abu-Jamal Is an Innocent Man!

Broschüre des Partisan Defense Committee, 1974 von der SL/U.S. gegründete klassenkämpferische, nicht-sektiererische Verteidigungsorganisation

DM 1,-

Zu beziehen über das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin

New Evidence Explodes Frame-Up

Affidavit of Rachel Wolkenstein	7
Affidavit of Arnold R. Beverly	22
Declarations of Mumia Abu-Jamal	23
Declarations of William Cook	24
Affidavit of Donaté Hersing	26
Declaration of Linn Washington	28
Affidavit of Terri Maurer-Carter	30

Free Mumia Now!

Die Botschaftsanschläge von 1998, Osama Bin Laden und die CIA

Die Afghanistan- Connection

Der nachfolgend abgedruckte Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 761, 6. Juli.

Ende Mai verurteilte ein aus Geschworenen bestehendes Bundesgericht in New York vier islamische Fundamentalisten, die angeblich mit der Organisation Al Qaida von Osama Bin Laden in Verbindung standen, wegen der Bombenanschläge von 1998 auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia, bei denen mehr als 200 Menschen getötet und weitere 4000 verwundet worden waren – überwiegend Einheimische. Aber am 12. Juli gaben die Geschworenen bekannt, dass sie der US-Bundesregierung nicht das Todesurteil liefern würden, das diese für einen der vier, Mohamed Rashed Daoud Al-'Owhali, gefordert hatte. Nur einen Tag nachdem die Regierung Timothy McVeigh durch die erste Hinrichtung auf Bundesebene seit 38 Jahren getötet hatte, war die Entscheidung der Geschworenen eine mutige Stellungnahme gegen die barbarische Vorstellung von „Gerechtigkeit“, die von der US-Bourgeoisie genauso hochgehalten wird wie von den islamischen Fundamentalisten, die sie im Visier hatte.

Ein amerikanischer Diplomat, der den Anschlag in Kenia überlebte, prangerte die Geschworenen dafür an, dass sie keine „eindeutige Botschaft an die Unzufriedenen der Welt gerichtet haben, die darauf aus sind, die Vereinigten Staaten und ihre Bürger im Ausland zu terrorisieren“. Amerikas imperialistische Herrscher, die über ein Terrorarsenal verfügen, das viel Furcht erregender ist als alles, was Bin Laden aufbieten kann, brauchen keine Geschworenen, um eine „Botschaft“ an die zu richten, die sie für Unzufriedene halten. Keine zwei Wochen nach den Bombenanschlägen schossen die USA 80 Marschflugkörper auf Ausbildungslager in Afghanistan und auf eine „Bombenfabrik“ im Sudan, die in Wirklichkeit die einzige Arzneimittelfabrik des Landes war.

Der Prozess in New York war ein Propagandaforum für



Kennerly/Gamma-Liaison

US-Präsident Reagan als Gastgeber von Mudschaheddin-Mördern im Weißen Haus während des US-finanzierten Terrorkriegs gegen sowjetische Soldaten und afghanische Frauen

den Krieg des US-Imperialismus gegen den „globalen islamischen Terrorismus“. Nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion hat Washington versucht, im Gespenst des „islamischen Terrorismus“ einen Ersatz für die „rote Gefahr“ zu finden. Dieses Schreckgespenst wird heute benutzt, um alles zu rechtfertigen, von imperialistischem Terror in anderen Ländern (und sogar Bushs Plänen einer Atomraketenabwehr „Star Wars II“) bis zu drakonischen Angriffen auf Rechte von Immigranten und bürgerliche Freiheiten im eigenen Land. Gegen arabische Immigranten und arabische Amerikaner, darunter linke Gegner des islamischen Fundamentalismus, wurden Hexenjagden veranstaltet und sie wurden durch „antiterroristische“ Fahndungsnetze festgenommen. Am 28. Juni zwangen Mitarbeiter des Geheimdienstes sogar einen jungen Kongress-Praktikanten, das Weiße Haus zu verlassen, das er als Teil einer Delegation von amerikanischen Moslem-Führern besuchte.

In einer Sprache, die an die Kalte-Kriegs-Hetze gegen den sowjetischen KGB erinnert, wetterten Staatsanwälte, Al Qaida trainiere Agenten als „Schläfer“ oder „U-Boote“, die unentdeckt unter der örtlichen Bevölkerung leben. Bei Prozessbeginn brachte *Newsweek* (19. Februar) eine Titelgeschichte über Bin Laden unter der reißerischen Überschrift „Danger: Terror Ahead“ [Vorsicht: Terror steht bevor]. Das FBI hat auf Bin Laden – das moderne Gegenstück von „Carlos dem Schakal“, dem allgegenwärtigen, terroristischen Allzweck-Schreckgespenst der 70er- und 80er-Jahre – ein Kopfgeld von fünf Millionen Dollar ausgesetzt. Unter anderem wird Bin Laden für den Angriff auf den Zerstörer USS *Cole* letzten Herbst im Jemen verantwortlich gemacht. Und am 19. Juni nahm die jemenitische Polizei acht angebliche Agenten von Bin Laden fest wegen einer „Verschwörung“, die amerikanische Botschaft in die Luft zu jagen.

Doch Bin Laden und seine Truppe wurden vom US-Imperialismus bewaffnet, trainiert und finanziert, als Teil des Krieges zur *Zerschlagung* der Sowjetunion. „Der Grund, warum er diese Taktik [von Bombenanschlägen] kennt“, sagte der Anwalt von Al-'Owhali den Geschworenen, „ist der, dass wir sie ihnen gegeben haben, wir haben die Flasche geöffnet. Er weiß so viel, wie vermutlich die Leute von der CIA wissen, weil sie seine Lehrer waren.“ Das ist die reine Wahrheit und das gilt auch für die von der CIA gelieferten Bomben-„Rezepte“. Während seines ganzen jahrzehntelangen Stellvertreterkriegs gegen die Rote Armee in Afghanistan unterstützte der amerikanische Imperialismus Bin Laden und seine verbündeten Mudschaheddin (Heilige Krieger) als „Freiheitskämpfer“. Erst nachdem sie ihren Zweck im imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion erfüllt hatten, wurden diese ehemals wertvollen Mitarbeiter der CIA als Terroristen denunziert.

Die Methoden von wahllosem Massenterror stehen völlig im Einklang mit den theoretischen Zielen der islamischen Fanatiker, die tausend Jahre menschlichen Fortschritts zurückdrehen wollen. In ihren Augen sind Leute, die nicht an Gott glauben, Gewerkschafter, Linke und unverschleierte Frauen alles Ungläubige, die den Zorn Gottes verdienen. Im Grunde ist ihre Einstellung nicht anders als die von fundamentalistischen christlichen Fanatikern, die in den USA Bombenanschläge auf Abtreibungsklinken verübten, oder die von faschistoiden Zionisten, die die palästinensische Nation aus dem Gebiet „säubern“ wollen, das sie als jüdisches „Heiliges Land“ betrachten.

Doch die terroristischen Taten, die Bin Laden & Co. zugeschrieben werden, verblassen im Vergleich zum Massenterror, den Amerikas „demokratische“ Bourgeoisie verübt hat, um ihre reaktionäre kapitalistische Ordnung zu verteidigen. Wie der Anwalt von Al-'Owhali während der Anhörung zur Urteilsverkündung bemerkte, ist diese Regierung, die nach der Hinrichtung eines Moslems schreit, der wegen Terrorismus verurteilt wird, selber verantwortlich für die Terrorbombardierung und den Hungertod von über anderthalb Millionen irakischen Männern, Frauen und Kindern. Er hätte auch die nukleare Einäscherung von Hiroshima und Nagasaki 1945 anführen können, das Abschlachten von jeweils mehr als drei Millionen Menschen im Korea- und im Vietnamkrieg und die zahllosen anderen, ermordet bei „Operationen zur Aufstandsbekämpfung“, die der US-Imperialismus und seine Agenten von den Philippinen bis Mittelamerika durchgeführt haben.

Die Mudschaheddin und die CIA

In einer dreiteiligen Serie unter dem Titel „Heilige Kriege“, die die Ursprünge von Bin Ladens Organisation nachverfolgt, gibt die *New York Times* (vom 14.–16. Januar) zu: „Al Qaida erwuchs aus dem Dschihad, angestachelt von muslimischen Gelehrten, um das Eingreifen der Sowjetunion 1979 in Afghanistan zu bekämpfen.“ Weiter behauptet die *Times*: „Die Teilnehmer von fast jedem Anschlag auf die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in den letzten zehn Jahren haben das Kriegshandwerk und den Umgang mit Sprengstoff in afghanischen Lagern gelernt.“ Doch dieses Sprachrohr des amerikanischen Imperialismus, das den antisowjetischen Kreuzzug voll und ganz unterstützte, schreibt nicht, wer der Lehrer war. Bezeichnenderweise *verschleiert* die *New York Times* die wirkliche Geschichte von Bin Ladens Afghanistan Connection.

Schon 1950 wies der Kalte Krieger John Foster Dulles auf das „gemeinsame Band“ mit den „Religionen des Ostens“ im Kampf gegen den Kommunismus hin. In seinem Buch *Unholy Wars* [Unheilige Kriege] (2000) beschreibt der Berichterstatter von ABC, John Cooley, wie sich 30 Jahre danach „westliche Analytiker in Denkfabriken und bei den

Geheimdiensten in Washington, London, Paris, Rom und anderswo fragten: Wer oder was ist der Hauptfeind von *unserem* Feind, dem Kommunismus? ... Der stillschweigende Konsens war, dass die – grundlegend antikommunistische – muslimische Religion, wenn man sie in die politische Ebene übersetzt, als mächtige Kraft gegen Moskau im Kalten Krieg eingespannt werden könnte.“

Washington begann von dem Zeitpunkt an, Waffen an die Mudschaheddin zu schleusen, als die mit den Sowjets verbündete Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) im April 1978 an die Macht kam. Bestehend aus linken Nationalisten, die das Land modernisieren wollten, versuchte die DVPA ein Programm umzusetzen für eine Neuaufteilung des Landes, die Senkung des Brautpreises, die Ausbildung von Frauen und ihre Befreiung aus dem Gefängnis des vom Kopf bis zu den Füßen reichenden Schleiers, *Burma* genannt. Im Kontext des rückständigen, von der Welt abgeschnittenen Afghanistans waren diese relativ bescheidenen Reformen nichts anderes als revolutionär. Als die riesige islamische Hierarchie einen grausamen Aufstand gegen die DVPA startete, intervenierte im Dezember 1979 die Sowjetunion, um den Zusammenbruch des von ihr abhängigen Regimes zu verhindern. Angefangen unter dem Demokraten Jimmy Carter und dann weiter unter dem Republikaner Ronald Reagan nutzten die USA die Intervention der Roten Armee, um eine erneute weltweite antisowjetische Offensive – zweiter Kalter Krieg – in Gang zu setzen, und insbesondere führten sie einen Stellvertreterkrieg, um in Afghanistan sowjetische Soldaten und Offiziere umzubringen.

Für Marxisten war es keine Frage, welche Seite die arbeitenden Menschen und die Unterdrückten der ganzen Welt in diesem Konflikt hatten. Durch die Gefahr einer CIA-unterstützten islamischen Machtübernahme an der südlichen Grenze der UdSSR stellte sich knallhart die Notwendigkeit der *bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion*, eines bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats. Außerdem eröffnete die sowjetische Militärintervention die Möglichkeit der sozialen Befreiung der afghanischen Massen, insbesondere von Frauen (siehe: „Afghanistan: Women Enslaved by Islamic Reaction“

Fortgesetzt auf Seite 14



Clinton-Regierung befahl Cruise-Missiles-Angriff auf Arzneimittelfabrik im Sudan mit der Behauptung, dort würden Bomben für Osama Bin Laden hergestellt

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 13

[Afghanistan: Frauen durch islamische Reaktion versklavt], *Workers Vanguard* Nr. 756, 13. April). Dies war, wie wir damals schrieben, der erste Krieg der modernen Geschichte, in dem die Rechte von Frauen eine zentrale Frage waren. Wir Trotzlisten erklärten: **Hoch die Rote Armee! Weitete die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!**

Nichts entlarvt gründlicher den Anschein, die „Menschenrechte“ zu verteidigen – den sich die imperialistischen Herrscher gelegentlich geben –, als die Tatsache, dass dies ihre Rechtfertigung für die Unterstützung des brutalen Krieges der islamischen Fundamentalisten war, um Afghanistans Frauen in der Versklavung zu halten. Doch die meisten der reformistischen und zentristischen Linken wurden so von Antikommunismus angetrieben, dass sie im Gleichschritt hinter den CIA-unterstützten Mudschaheddin-Mörderbanden liefen und die imperialistische Forderung nachbeteten: „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!“

Unter diesem Schlachtruf unternahm der US-Imperialismus die größte verdeckte CIA-Operation der Geschichte. Der „Schattenetat“ der CIA *vervierfachte* sich von geschätzten 9 Milliarden Dollar 1980 auf 36 Milliarden Dollar 1990. Ein Teil davon wurde benutzt, um einen Terrorkrieg der Kontra-Söldnertruppen der CIA gegen das linksnationalistische Sandinista-Regime in Nicaragua zu finanzieren. Doch der Hauptteil dieser Milliarden ging an eine Reihe von Mudschaheddin-Gruppen im pakistanischen Peschawar und an Pakistans Geheimdienst (ISI), der unter der Leitung von Generalleutnant Hameed Gul, einem glühenden Islamisten, stand. Mitte der 80er-Jahre bekamen die Mudschaheddin jährlich 65 000 Tonnen an Kriegsmaterial.

1986 bewilligte der US-Kongress einen dreiteiligen Plan von CIA-Direktor William Casey, den Stellvertreterkrieg der USA in Afghanistan zu intensivieren. Anstatt die afghanischen Reaktionäre nur mit in Ägypten, China, Israel und Südafrika gekauften Waffen aus sowjetischer und chinesischer Produktion auszustatten – so dass die USA eine direkte Rolle im Krieg „plausibel abstreiten“ konnten –, begann die CIA amerikanische Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger zusammen mit amerikanischen militärischen Ausbildern zu liefern. Zweitens einigten sich die CIA, der pakistanische ISI und der britische MI-6, Guerilla-Angriffe auf die Sowjetunion selbst zu starten, indem sie deren zentralasiatische Republiken Tadschikistan und Usbekistan ins Visier nahmen, die viele Soldaten für den Einsatz in Afghanistan stellten.

Schließlich machte die CIA bei dem vom ISI-Chef Gul begonnenen Kreuzzug mit, islamische Fanatiker aus der ganzen moslemischen Welt, so genannte „arabische Afghanen“, für die Mudschaheddin zu rekrutieren. Laut eigenen Schätzungen der CIA wurden **70 000** islamische Fundamentalisten aus mehr als 50 Ländern in den Madrassas, den „Dschihad-Universitäten“, ausgebildet, die immer noch in Peschawar und anderswo florieren. „Wir kämpfen einen Dschihad und dies ist die erste islamische internationale Brigade der Neuzeit“, prahlte Gul. „Die Kommunisten haben ihre internationalen Brigaden, der Westen hat die NATO, warum können sich die Moslems nicht zusammenschließen und eine gemeinsame Front bilden?“ Das Organisationszentrum für diese internationalen Anstrengungen



Afghanistan Today

Von den USA gelieferte Stinger-Raketen wurden eingesetzt, um im März 1987 ein Passagierflugzeug abzuschießen, das afghanische Schulkinder beförderte



Der Spiegel

war das Makhtab al Khadimat (Büro der Dienste), das 1984 von einem islamischen Gelehrten in Islamabad eingerichtet wurde.

Zu denen, die nach Peschawar strömten, um an dem von den USA finanzierten „Heiligen Krieg“ gegen den Kommunismus teilzunehmen, gehörte der saudi-arabische Millionär Osama Bin Laden. Laut *Taliban: Militant Islam, Oil and Fundamentalism in Central Asia* [Taliban: Militanter Islam, Öl und Fundamentalismus in Zentralasien] (2000) von Ahmed Rashid „hatte der ISI lange gewollt, dass Prinz Turki Bin Faisal, der Chef von Istakhbarat, dem saudischen Geheimdienst, dafür sorgt, dass ein Prinz der Königsfamilie das saudische Kontingent anführt, um den Moslems die Ergebenheit der Königsfamilie zum Dschihad zu zeigen.“ Wenn auch nicht königlicher Herkunft, so war Bin Laden der Sohn eines Baumagnaten, der ein enger Freund des früheren saudischen Königs Faisal gewesen war. Bin Laden, Turki und Gul „sollten feste Freunde und Verbündete für eine gemeinsame Sache werden“. Ein anderer fester Freund war Gulbuddin Hekmatyar, ein bedeutender Empfänger amerikanischer Großzügigkeit, der seine Karriere als „Heiliger Krieger“ begann, indem er Säureanschläge auf Universitätsstudentinnen in Kabul verübte. Es war Hekmatyar, den der ISI für die Führung der Überfälle und Raketenangriffe 1987 im sowjetischen Tadschikistan auswählte.

Bin Laden zog 1982 nach Peschawar, nachdem er seit 1980 mehrmals dort gewesen war, um saudisches Geld abzuliefern. Es war nicht nur der pakistanische ISI, der Bin Ladens Anwesenheit begrüßte. Wie John Cooley in *Unholy Wars* berichtet: „Als 1981 der CIA-Chef Casey und seine saudischen Verbündeten, Kamal Adhan und Prinz Turki, nach neuen Quellen zur geheimen Finanzierung des Afghanistan-Feldzugs suchten, standen die Bin-Laden-Unternehmen alle auf einer kurzen Liste von möglicherweise hilfreichen Familien.“ 1986 beauftragte die CIA Bin Laden, beim Bau eines riesigen Tunnelkomplexes in Khost, unter den Bergen in der Nähe zur Grenze mit Pakistan, zu helfen. Das Ziel der CIA war es, seine afghanischen Mörder mit einem großen Waffenlager, einem Ausbildungszentrum und einem medizinischen Zentrum auszustatten. Hier war es auch, wo Bin Laden sich entschloss, sein eigenes Ausbildungslager für

„arabische Afghanen“ zu errichten. Später berichtete er, dass seine „Freiwilligen von pakistanischen und amerikanischen Offizieren ausgebildet wurden. Die Waffen wurden von den Amerikanern, das Geld von den Saudis geliefert“ (zitiert in *Taliban*).

Was sie im Kalten Krieg säten, ernten sie nun

1989 hatte der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die letzten sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen, wobei er die imperialistische Propaganda wiederholte, dass Afghanistan ein militärisches Schlamassel, ein „russisches Vietnam“, geworden sei. Gorbatschows Verrat entsprang der ganzen Einstellung der stalinistischen Bürokratie, die die Interessen des internationalen Proletariats der Verteidigung ihrer eigenen privilegierten Position unterordnete, eine parasitäre Schicht, die sich auf die kollektivisierte Wirtschaft stützte. So unterminierte sie die Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats selbst. Wir kämpften für eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und die Sowjetunion zum bolschewistischen Internationalismus von Lenin und Trotzki zurückzubringen.

Indem sie eine alte Zeitungssente wieder aufwärmt, behauptet die Serie der *New York Times*, dass sich „das Blatt im Afghanistan-Krieg“ wendete, als die Stinger-Raketen, die von den USA seit 1986 geliefert wurden, „die sowjetischen Flugzeuge zwangen, hoch über dem Schlachtfeld zu fliegen“. Doch wie der amerikanische Militärexperte Alan Kuperman in einem Artikel von 1999 unter dem Titel „The Stinger Missile and U.S. Intervention in Afghanistan“ [Die Stinger-Missile und die US-Intervention in Afghanistan] im *Political Science Quarterly* bemerkte: „Die Stinger wurde wirksam durch technische und taktische Gegenmaßnahmen neutralisiert, lange bevor die Sowjets tatsächlich ihren Abzug abschlossen. Folglich gibt es keinen Beweis, dass die Stinger den sowjetischen Rückzug auch nur beschleunigt hat.“

Diese High-Tech-Waffen waren aber nützlich beim Terror gegen Zivilisten. Es gab keinen Aufschrei aus Washington gegen „islamischen Terror“, als die Mudschaheddin in Khost im März 1987 eine Stinger-Rakete einsetzten, um eine zivile Verkehrsmaschine abzuschießen, die afghanische Kinder zum Studium in die UdSSR brachte, und dabei alle 52 Passagiere töteten.

Was zu dem sowjetischen Rückzug führte, waren der Verrat der damals in den letzten Zügen liegenden stalinistischen Bürokratie und ihre endlosen Versuche, den US-Imperialismus zu beschwichtigen. In Wirklichkeit hatte die



Planeta

Rote Armee die Mudschaheddin Mitte der 80er-Jahre in die Flucht geschlagen. Viele bei den sowjetischen Truppen, die dort kämpften, glaubten aufrichtig, dass sie ihre internationalistische Pflicht erfüllten, besonders Soldaten aus Zentralasien, die in der Armut und Rückständigkeit von Afghanistan die Zustände sahen, die noch vor drei Generationen in ihren Heimatländern existiert hatten, bevor die Oktoberrevolution sie vom Mittelalter in die Neuzeit katalpultiert hatte.

Die sowjetische Militärintervention stand im Widerspruch zum nationalistischen stalinistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land“. Wir warnten von Beginn an, dass die Kreml-Bürokratie vielleicht einen Deal mit den Imperialisten machen und abziehen würde. Zur Zeit von Gorbatschows Abzug betonten wir gegenüber sowjetischen Arbeitern und Soldaten, dass es viel besser wäre, die Konterrevolution in Afghanistan zu besiegen, als mit ihr in Leningrad konfrontiert zu werden. Der belagerten afghanischen Regierung unterbreiteten wir ein Angebot, internationale Brigaden zu organisieren, um gegen die Mudschaheddin-Mörderbanden „bis zum Tod zu kämpfen“. Dieses Angebot wurde abgelehnt, doch das Partisan Defense Committee [eine nichtsektiererische, klassenkämpferische Organisation zur Verteidigung von Fällen und Anliegen im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten, in politischer Übereinstimmung mit der SL/U.S., der amerikanischen Sektion der IKL] griff den Appell der DVPA auf, eine internationale Hilfskampagne für die belagerte Stadt Jalalabad zu organisieren. In den folgenden drei Jahren führten die Truppen der Kabuler Regierung, besonders die aus Frauen bestehenden Milizen, einen heldenhaften Kampf, wurden jedoch schließlich von den durch die USA unterstützten Fundamentalisten überrannt.

Der Verrat der Stalinisten an Frauen, Arbeitern und Linken in Afghanistan kündigte den Sieg der kapitalistischen Konterrevolution 1991/92 in der Sowjetunion selbst an. Die Imperialisten gratulierten sich zu ihrem Sieg im Kalten Krieg, wobei sie die Rolle, die ihre islamischen Verbündeten gespielt hatten, gebührend anerkannten. Der Nationale Sicherheitsberater unter Jimmy Carter, der wahn-sinnige Antikommunist Zbigniew Brzezinski, wettete: „Was war weltgeschichtlich bedeutender? Die Taliban oder der Untergang des Sowjetreiches? Ein paar aufgehetzte Moslems oder die Befreiung von Mitteleuropa und das Ende des Kalten Krieges?“

Doch die „aufgehetzten Moslems“, die von Brzezinski arrogant abgetan wurden, hatten ihre eigene Tagesordnung.

Fortgesetzt auf Seite 16



Quidu/Gamma

Vor dem sowjetischen Abzug 1989 waren mehr als die Hälfte der Studenten an der Kabuler Universität Frauen. Der Sieg der islamischen Reaktionäre hat zur erneuten Versklavung der afghanischen Frauen geführt

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 15

Wie Ahmed Rashid in *Taliban* bemerkt: „Die meisten dieser Radikalen spekulierten: Wenn der afghanische Dschihad eine Supermacht, die Sowjetunion, besiegt hatte, könnte er nicht auch die andere Supermacht, die USA, und ihre eigenen Regime besiegen?“ Als König Fahd den USA erlaubte, Saudi-Arabien, die Heimat der heiligsten muslimischen Stätten, als Ausgangsbasis für den imperialistischen Krieg gegen den Irak zu benutzen, empörte dieses Sakrileg Bin Laden und seine fundamentalistischen Mitstreiter tiefst. 1992 war Bin Ladens Abscheu gegenüber dem saudischen Regime inzwischen so offen, dass er gezwungen wurde, in den Sudan zu fliehen, wo ein anderes islamisches Regime an der Macht war. Nachdem er 1996 auch aus dem Sudan vertrieben wurde, kehrte Bin Laden zu seiner Ausbildungsbasis zurück, die er in Khost während des antisowjetischen Krieges gemeinsam mit den USA errichtet hatte. Genau diese Basis wurde 1998 von den USA bombardiert.

1995 begann eine von CIA und FBI gebildete Spezialeinheit für Terrorismusbekämpfung, Nachforschungen über Bin Laden anzustellen. Doch, wie die Serie der *New York Times* berichtet, „folgte die Untersuchung Spuren, die sogar noch weiter zurückreichten – zu einer Gruppe von islamischen Aktivisten, die häufig ein kleines Büro in Brooklyn aufsuchten und deren erklärtes Ziel es war, Geld zu beschaffen und Kämpfer zu rekrutieren, um den Einsatz der amerikanisch unterstützten Mudschaheddin im Krieg gegen die Sowjetunion in den 80er-Jahren zu unterstützen. Einige der Aktivisten in dieser Gruppe wurden später für den Bombenanschlag 1993 auf das World Trade Center verurteilt.“ Der angeblich führende Kopf dieses Anschlags, der ägyptische Geistliche Scheich Omar Abdel Rahman, der derzeit eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßt, war ein weiterer Verbündeter von Bin Laden aus dem Afghanistan-Krieg. Damals betrachtete die CIA Rahman als „wertvolle Kraft“. Obwohl Rahman auf einer schwarzen Liste der USA für „Terrorismus“ stand, konnte er 1990 mit einem Spezialvisum in die USA einreisen, das von amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern im sudanesischen Khartum ausgestellt worden war.

„Menschenrechts“-Imperialismus: zynisch und barbarisch

Heute wollen Amerikas Herrscher die engen Beziehungen verbergen, die sie früher mit Bin Laden & Co. hatten. Als der Leiter des New Yorker FBI-Büros 1993 in einer Fernsehsendung erwähnte, dass die CIA mehrere der für den Bombenanschlag auf das World Trade Center Verurteilten ausgebildet hatte, wurde er schnell aus seiner Stellung versetzt. Bei ihrer selektiven Darstellung von Bin Ladens Ursprüngen vermeidet die *New York Times* peinlich genau, irgendeine direkte Verbindung zwischen der CIA und Bin Laden (oder Rahman) aufzuzeigen, wobei sie sogar die Rolle der CIA beim Bau des Gebäudekomplexes in Khost übergeht.

Doch die Wahrheit ist hartnäckig. Als die Staatsanwälte im jüngsten Prozess ein „Terrorismus-Handbuch“ in arabischer Sprache als Beweis für Bin Ladens Komplizenschaft bei den Botschaftsanschlüssen vorlegten, entpuppte es sich als auffallend ähnlich zu Handbüchern, die die CIA in den 80er-Jahren an ihre Contra-Mörder und afghanischen Mudschaheddin verteilt hatte. Im CIA-Handbuch war auch eine Anleitung zum Bau einer Bombe – hergestellt aus einem Gemisch von Dünger und Heizöl –, wie die, die einen 60 Meter breiten Krater in einen der Zwillingstürme des World Trade Centers gesprengt hatte. Diese Bombe wurde von einem Informanten des FBI gebaut!

Die Regierung ließ im Prozess zu den Botschaftsanschlüssen auch einen Zeugen aussagen, dass Bin Laden einmal versucht habe, im Sudan auf dem Schwarzmarkt Uran zu kaufen. Doch die islamischen Veteranen des Afghanistan-Krieges haben schon genug „Massenvernichtungswaffen“ dank ihrer früheren amerikanischen Chefs. Es wird geschätzt, dass mehr als 500 Stinger-Raketen nach dem sowjetischen Abzug aus Afghanistan 1989 „verloren gingen“. Bin Laden allein hat angeblich mindestens ein Dutzend dieser hoch entwickelten Waffen.

In einer Kurzbiografie in der *New York Times* über die von Clinton eingesetzte Bundesrichterin Mary Jo White wird bemerkt, dass praktisch alle Untersuchungen und Strafverfolgungen gegen „islamischen Terrorismus“ von ihrem New Yorker Gerichtsbezirk aus betrieben wurden – einschließlich des Bombenanschlags auf die *Cole* im Jemen! Das ist kein Zufall. Die New Yorker Büros von CIA und FBI waren Dreh- und Angelpunkt bei der Rekrutierung von Mudschaheddin in den USA, die weitgehend organisiert wurde vom Alkifah-Flüchtlingszentrum („ein kleines Büro in Brooklyn“). Mary Anne Weaver berichtet in ihrem Buch *A Portrait of Egypt* [Ein Portrait Ägyptens], dass ein führender ägyptischer Beamter ihr gesagt hat, Alkifah sei „während des Dschihad eine Frontorganisation der CIA [gewesen]“; Geld, sagte er, wurde durch sie gewaschen, Waffen wurden verschickt und arabische Amerikaner rekrutiert und ausgebildet.“

Die Taliban-Miliz, die sogar nach den Maßstäben der Mudschaheddin fanatisch ist, wurde unter der Schirmherrschaft der Geheimpolizei des ISI in den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan gegründet und aufgebaut. Die Taliban gingen schließlich als stärkste Fraktion der Mudschaheddin aus den mörderischen gegenseitigen Fehden hervor, die nach dem Sturz des DVPA-Regimes ausbrachen. Pakistan und Saudi-Arabien sahen in den Taliban – sunnitische Moslems, die sich auf die Paschtunen, die größte der einheimischen ethnischen Gruppen, stützen – eine Kraft der Stabilität in Afghanistan und ein Gegengewicht zum schiitischen Iran.

Deshalb unterstützten auch die USA den Aufstieg der Taliban zur Macht. Doch Washington hatte ein zusätzliches Interesse, eine starke Zentralregierung unter der Herrschaft der Taliban zu unterstützen. Das in Amerika sitzende Unternehmen Unocal Oil prüfte ernsthaft die Idee, eine Pipeline durch Afghanistan zu bauen, um reiche Erdgas- und Ölfelder auszubeuten, die gerade in Zentralasien erschlossen

SPARTAKIST SOUTH AFRICA

No. 1 July 2001 R1.50

Disease, Bigotry and Imperialist Hypocrisy
**South Africa Torn by
AIDS Crisis**

See page 11



Introduction 2
Susan Adams, 1948-2001 4
South Africa: Thousands Protest Drug Monopolies, Mbeki Regime 5
AIDS Ravages Black America 10
South Africa Torn by AIDS Crisis 11
Brutal Murder of South African AIDS Activist 21

The weekly publication of the South African Workers' Communist Party

Neu!

**Spartacist
South Africa**

Nr. 1
Juli 2001
24 Seiten

DM 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

wurden. Es gab kein Wort der Kritik aus Washington, als die Taliban nach der Eroberung von Herat 1995 tausende Mädchen zwingen, die Schule zu verlassen, oder ein Jahr später nach der Einnahme von Kabul Frauen praktisch unter Hausarrest stellten – entsprechend der strengen islamischen Regel *Purdah* (Abgeschlossenheit). Im Gegenteil, der für Südasien zuständige stellvertretende Außenminister betonte: „es ist nicht im Interesse von Afghanistan oder irgendjemandem von uns hier, die Taliban zu isolieren“.

Ende 1997 demonstrierte die Außenministerin Madeleine Albright eine Veränderung in der US-Politik, als sie die afghanischen Herrscher zynischerweise für ihre Behandlung von Frauen geißelte. Das Taliban-Regime hatte sich geweigert, US-Forderungen nach einer Auslieferung Bin Ladens nachzugeben, und die geplante Unocal-Pipeline erschien nicht mehr wirtschaftlich. Außerdem war die Not von afghanischen Frauen unter der Herrschaft der Taliban zu einem gewissen Thema bei amerikanischen Liberalen und Feministinnen geworden, die früher die Mudschaheddin gegen die sowjetische Interventionsarmee unterstützt hatten. Durch die Verhängung von Wirtschaftsanktionen gegen Afghanistan verschärfte Washington den Hunger und die Verwüstung, die aus fast zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg resultierten und durch eine Dürre kurz zuvor verschlimmert wurden. Unterdessen finanzieren die USA weiter den rivalisierenden Mudschaheddin-Kriegsherrn Schah Massud, einen weiteren alten Freund der CIA, der einen kleinen Teil im nördlichen Afghanistan kontrolliert.

Der US-unterstützte Terrorkrieg gegen die Rote Armee in Afghanistan zwang fünf Millionen Menschen, das Land zu verlassen, verwüstete, was an Wirtschaft und Infrastruktur während der sowjetischen Präsenz aufgebaut worden war, und führte dazu, dass die afghanischen Frauen wieder versklavt wurden. Dieser Krieg ebnete der kapitalistischen Konterrevolution überall in der Sowjetunion und Osteuropa den Weg, die zig Millionen arbeitende Menschen in äußerste Armut stürzte. Von der Bewaffneten Islamischen Gruppe in Algerien bis zum Islamischen Dschihad in Ägypten gingen die – vom Krieg gegen die Sowjetunion hervorgebrachten und genährten – „arabischen Afghanen“ dann daran, in anderen Ländern reaktionäre Bewegungen zu schüren, wobei sie sich den allgemeinen Hass gegen die brutalen nationalistischen Regime und die imperialistischen Austeritätsmaßnahmen, die diese durchsetzen, zunutze machen.

Heute erklären die USA zynischerweise dem „islamischen Terror“ den Krieg, um den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt ihren Willen aufzudrücken. Zwar sind Osama Bin Laden und seinesgleichen ziemlich finster, doch die gefährlichsten Terroristen der Welt sind die kapitalistischen Herrscher Amerikas. Tatsächlich ist Massenterror zur Unterdrückung von allem, was auch nur entfernt an eine soziale Revolution der Arbeiter- und Bauernmassen erinnert, unerlässlich für die Verteidigung dieses Systems, das auf der Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine kleine Minderheit basiert.

Die Schrecken, die durch den „Heiligen Krieg“ des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion in Afghanistan erzeugt wurden, zeigen überdeutlich, dass das kapitalistische System lange aufgehört hat, eine Triebkraft für gesellschaftlichen Fortschritt zu sein, und stattdessen zum Nährboden für barbarische Reaktion geworden ist. Durch sie wird das marxistische Verständnis



Spartakist

1980, Campus Frankfurt/Main: TLD, Vorläufer der SpAD, ruft auf für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan gegen die CIA-gestützten Mudschaheddin

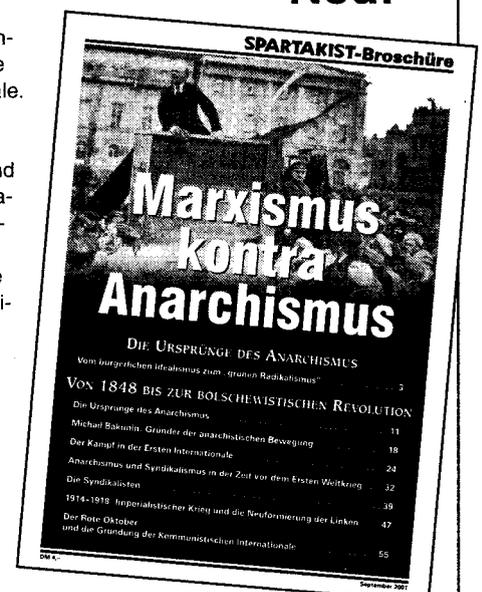
zugespitzt deutlich, dass die Alternative, vor der die Menschheit steht, Sozialismus oder Barbarei heißt. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung einer trotzkistischen Vierten Internationale, die die Arbeiterklasse in den USA und auf der ganzen Welt in neuen Oktoberrevolutionen zum Sieg führt. ■

Diese Broschüre präsentiert eine umfassende historische Analyse über die Ursprünge des Anarchismus und die Ansichten seiner Führer seit der Pariser Kommune 1871 und der Spaltung in der I. Internationale. Weitere Artikel behandeln die Periode vor dem Ersten Weltkrieg und die Auswirkung des Krieges, der Oktoberrevolution 1917 und der Gründung der Kommunistischen Internationale auf die anarchischen und syndikalistischen Bewegungen.

Der erste Artikel wendet sich an heutige radikale Jugendliche, die durch das ideologische Klima vom „Tod des Kommunismus“ geprägt sind und zu allen Varianten des Anarchismus, grünem Radikalismus und linken Liberalismus hingezogen werden. Die Broschüre ist dem Kampf gewidmet, eine neue Generation für den revolutionären Marxismus zu gewinnen, den Kommunismus, der Lenins und Trotzki's bolschewistische Partei inspiriert hat.

DM 4,- (64 Seiten)

Neu!



Zu beziehen über die Kontaktadresse

Antikriegstreffen...

Fortsetzung von Seite 4

Eintreten für UNO oder OSZE als Alternative zur US-geführten NATO bringt das Bestreben eines Teils der deutschen Bourgeoisie zum Ausdruck, eine unabhängigere Rolle von den USA einzunehmen, im Block mit Frankreich und auch Russland, um so die Interessen des deutschen Imperialismus besser voranzubringen. Dies ist Ausdruck der immens gewachsenen interimperialistischen Rivalitäten um die Ausplünderung der Welt, Rivalitäten, die die Imperialisten seit der kapitalistischen Konterrevolution nicht mehr ihrer gemeinsamen Feindschaft gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion unterordnen müssen.

Zurück zum Berliner Treffen. Nach dem Zensurversuch des Vorsitzes setzten wir unsere Intervention fort: „Wir haben schon im Balkankrieg erklärt, dass die Opposition der PDS zum Krieg nicht gegen den deutschen Imperialismus gerichtet ist, sondern gegen die US-Führung dieses Kriegs. Die PDS war einfach für eine Alternativstrategie für den deutschen Imperialismus. Deswegen ist es keine Überraschung, dass sie auf dieser chauvinistischen Demo ist. Könnte die GAM uns hier offen erklären, ob sie für die PDS stimmen wird? Wie soll man mit solch einem Bündnis gegen den NATO-Krieg stehen? Für uns steht der Hauptfeind im eigenen Land.“ Eine Antwort auf unsere Frage erhielten wir von der GAM nicht.

Für die isl erklärte dann Sascha Kimpel – der nach Genua gegen den Schwarzen Block gehetzt hatte (*Tagesspiegel*, 25. Juli) –, wie stark der „Friedenswillen“ auf der Regierungsdemo war, aber angesichts der jetzigen Medienkampagne müsse man befürchten, als Vaterlandsverräter beschimpft zu werden, wenn man sich gegen Krieg ausspricht. Die PDS mache gerade Wahlkampf, der ein Wahlkampf Krieg gegen Frieden sein werde. Man solle sie einbeziehen. Wir erklärten:

„Meine Vorrednerin hat ganz richtig bemerkt, dass beim letzten Balkankrieg relativ wenige auf der Straße waren. Aber das lag nicht daran, wie sie meint, dass es nicht rechtzeitig ein Bündnis gegeben hat. Sondern es war politisch: Eine SPD/Grünen-Regierung hat Deutschland in den Krieg geführt. Und deswegen haben ja auch Gruppen wie die GAM den NATO-Krieg unterstützt. Sie haben zur Wahl der SPD aufgerufen und unterstützen diese Regierung. Wenn die CDU an der Macht gewesen wäre, hätten wir eine Million Menschen am Alexanderplatz gehabt mit Joschka Fischer als Redner. SPD/Grüne wurden ja genau zu diesem Zweck an die Macht gebracht, dass Deutschland wieder Krieg führen kann.“

Die isl hat wahrlich die Katze aus dem Sack gelassen, worum es hier geht. Die PDS führt Wahlkampf und wir sollen sie einbeziehen. Sie beklagen sich, dass die PDS heute nicht hier sei. Die GIS sagte, es sei unklar, wo die PDS stehen würde. Nun, sie steht heute am Brandenburger Tor und peitscht deutschen Nationalismus auf! Da stehen sie: an der Seite der Regierung... Ganz einfach. [Freude bei einem Teil des Publikums, Ärger bei GAM und isl. Alle lauschen gespannt.]

Herr Kimpel von der isl äußerte große Furcht, man könnte ihn als Vaterlandsverräter bezeichnen. Das wäre ja auch eine völlig neue Erfahrung für ihn! Im Balkankrieg war er noch Teil des RSB. Und damals rief der RSB zur Unabhängigkeit des Kosovo auf. Das war aber gerade der Vorwand der NATO für diesen Krieg. Aber wir können Herrn Kimpel beruhigen, wir werden ihn energisch gegen jeden solchen Vorwurf in Schutz nehmen, denn er steht wirklich nicht in Opposition zum deutschen Imperialismus. Für uns Spartakisten ist der Vorwurf des Vaterlandsverrats aus dem Munde von Chauvinisten eine Ehre. Ja, das Proletariat hat kein

Vaterland, und wir haben auch keines! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die GAM hat unsere Frage bezüglich ihrer PDS-Wahl nicht beantwortet. Das müssen sie auch gar nicht. Dafür haben sie ja die isl. Die GAM kümmert sich darum, die Linken in dieses Bündnis einzubinden. Und genau dafür hat die GAM hier ein paar nette Losungen vorgeschlagen. Nun, wie wär's denn mit der: PDS – sozialchauvinistische Kriegshetzer für deutschen Imperialismus! Oder: SPD/Grüne – imperialistische Schlächter! Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Und was Antiamerikanismus angeht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Seht ihr, und das ist genau das Problem, was wir mit diesem Bündnis haben: Man kann nicht gegen den deutschen Imperialismus und die NATO kämpfen mit Leuten, die die PDS unterstützen. Und der ganze Zweck dieses Bündnisses ist nichts anderes, als Leute wieder zurück hinter die PDS und ihre Wahlurne zu kanalisieren.

Die GAM ruft auf zum Kampf gegen verschärfte Repression. Genua wurde erwähnt. In Genua ließ die bürgerliche Demokratie ihre Maske fallen und zeigte ihr wahres Gesicht: die Diktatur der Bourgeoisie. In der Tat, nach den Schüssen in Genua und Göteborg gegen Anarchisten wollte Schily eine Europäische Polizeieinheit aufstellen. Repression soll jetzt extrem verstärkt werden. Nach Genua hat sich die reformistische Linke mit ihrer Hetze gegen den Schwarzen Block zum linken Handlanger Schilys gemacht, der bestrebt war, das Ansehen der bürgerlichen Demokratie wieder aufzupolieren und die Anarchisten für den Staatsterror verantwortlich zu machen. Und dann der RSB. Zuerst verteidigten sie den Schwarzen Block. Aber jetzt kamen sie heraus mit „10 Thesen zum Schwarzen Block“, wo sie einerseits erklären, den Schwarzen Block zu verteidigen, gleichzeitig aber zu Ordnerdiensten gegen Anarchisten aufrufen. Werden sie also demnächst Anarchisten bei Demos an die Bullen ausliefern, Hilfspolizei spielen? Und die GAM? Auf der Demo am 20. August zur Verteidigung der Gefangenen in Genua ‚vergessen‘ sie den Schwarzen Block zu erwähnen! Wie soll man mit solchen Leuten gegen Repression kämpfen?

Seht ihr, und das ist das Problem mit diesem Bündnis und jedem solchen Propagandablock. Und deshalb werden wir uns an diesem Bündnis nicht beteiligen. Wir haben eine andere Perspektive. Wir müssen Arbeiter, Immigranten und Jugendliche von der Sozialdemokratie, SPD und PDS, brechen. Wir müssen sie unabhängig von Staat und Bourgeoisie mobilisieren und gewinnen für eine Arbeiterrevolution, die den deutschen Imperialismus stürzt. Das ist die Perspektive von uns Spartakisten.“

Das Wort PDS war im weiteren Verlauf nicht mehr zu hören. Es kam zu weiteren Runden, die mehr und mehr in technischen Details versackten und wo an den GAM-Losungen herumgezerrt wurde. ATTAC wollte jegliche „Schlagworte“, wie etwa „Imperialismus“, vermeiden, denn sie würden „abschrecken“. Sicher, „Imperialismus“ ist eine viel zu hässliche Bezeichnung für die von ihnen so heiss verehrte bürgerliche Demokratie. Das prominente ATTAC-Mitglied Oskar Lafontaine zeigte, wohin Verteidigung der bürgerlichen Demokratie führt, indem er rassistisch hetzte: „Deregulierung, Privatisierung, Green Card für Techniker, Pilotenscheine für ein paar Dollar, Niederlassungsfreiheit für jedermann und leere Staatskassen untergraben innere und äußere Sicherheit. Die Verächtlichmachung des Staates muss ein Ende haben“ („Mein Herz schlägt links“, *Bild* Hamburg, 17. September). Wie gesagt: In solchen Propagandablöcken ist der kleinste gemeinsame Nenner immer das rechteste Programm. Und es gingen zwei Gespenster um: das des Kommunismus, und zwar durch uns, und das der PDS, deren Schatzen vom Brandenburger Tor bis in den Mehringhof reichte. ■

VW-Streik...

Fortsetzung von Seite 7

Mexico“ [IKL unterstützt anti-gewerkschaftliche Ausschlussklausel in Mexiko] (*Internationalist*, Sommer 2001). Die IG behauptet: „Die gesetzliche Ausschlussklausel [in Mexiko] wurde benutzt, um unabhängige gewerkschaftliche Organisationsbestrebungen zu zerschlagen und um die Zwangsjacke der korporatistischen Kontrolle aufzuzwingen.“ Wenn die IG ehrlich wäre, würden sie offen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs unterstützen! Die Tatsache, dass CTM-Gewerkschafts-Irreführer Rote und Militante hinaussäubern mögen und eine reaktionäre Politik durchführen, ist kein Grund, die Gewerkschaften zu schwächen – dies weist auf die Notwendigkeit hin, für eine wirkliche klassenkämpferische Führung zu kämpfen. Vermutlich glaubt die IG, dass es, falls die Gewerkschaften keinerlei Kontrolle mehr darüber haben, wer in einer Fabrik arbeitet, weniger Schikanen gegen Linke und Militante durch die Kapitalisten und den Staat geben wird! Das ist offensichtlich lächerlich.

Eine weitere Gruppe, die sich trotzkistisch nennt, die POS (Partido Obrero Socialista), ist in Puebla vor Ort. In Wirklichkeit propagiert die POS den erbärmlichsten Nationalismus und verbreitet Illusionen in die nicht-existenten „demokratischen“ Überzeugungen der niederträchtigen Bourgeoisie. Während sie also über die reaktionäre Politik von Fox jammern, feiern sie die Wahl, die ihn ins Amt brachte, als „die demokratische Revolution des 2. Juli“ (*El Socialista*, 1.–14. April). Die POS ist tief vergraben in einer Gewerkschaftsfront namens „Vicente Lombardo Toledano“, benannt nach einem frühen Führer der CTM, der ein Komplize der stalinistischen Ermordung Trotzki war; dies zeigt, was der POS das trotzkistische Programm bedeutet. Toledano war ein nationalistischer Unterstützer einer ganzen Reihe aufeinander folgender bürgerlicher Präsidenten, und er war einer der Urheber der korporatistischen Verbindung des Gewerkschaftsverbands mit der PRM, Vorläufer der PRI, was einen großen Teil der Arbeiterklasse an diese bürgerliche Partei kettete.

Gerade erst letztes Jahr feuerte VW 1300 Arbeiter in seinem Werk in Uitenhage, Südafrika, nachdem die 4000 Arbeiter des Werks in Streik getreten waren. Volkswagen versucht nun auch in Deutschland, wo der Konzern sein Hauptquartier hat, die Arbeiter auszupressen. VW hat angeboten, einen neuen Wagen zu bauen – und dafür 5000 neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen –, aber nur, wenn die Gewerkschaft folgendem zustimmt: einer längeren Arbeitszeit (bis zu 48 Stunden die Woche), weniger Lohn, kein Urlaubsgeld für die neuen Arbeiter und ein Lohn, der an die Produktivität gebunden ist. All das zeigt die Möglichkeit und dringende Notwendigkeit von koordinierten Streikaktionen, um VW international in die Knie zu zwingen. Unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der IKL, kämpfen darum, Arbeiter und Jugendliche zum revolutionären internationalistischen Programm des Trotzkismus zu gewinnen in grundsätzlicher Opposition gegen den deutschen Imperialismus und gegen die chauvinistischen Irreführer des Proletariats.

Gewerkschaften des amerikanischen Dachverbands AFL-CIO haben vage Solidaritätserklärungen mit den Streikenden in Puebla herausgebracht. Nötig ist klassenkämpferische Solidarität in Aktion – für die Mobilisierung von Hafearbeitern und Lastwagenfahrern, die verhindern müssen, dass irgendwelche Streikbrecher-Produkte für VW über die Grenze gelangen! Das ist offensichtlich nicht die Perspektive der AFL-CIO-Führung. Obwohl sie manchmal verbal für Immigrantrechte eintritt, propagiert sie Protektionismus und mobilisiert damit amerikanische Arbeiter

auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie statt auf die Seite ihrer Klassenbrüder in Mexiko und anderen Ländern. Ein krasser Ausdruck von Chauvinismus ist die Kampagne der Teamster[Lastwagenfahrer]-Bürokraten gegen mexikanische LKW-Transporte. Es ist keine Überraschung, dass dies zu einem Anstieg von rassistischen, anti-mexikanischen Cartoons in US-Zeitungen geführt hat. Der AFL-CIO-Vertreter in Mexiko, Jeff Hermanson, hat Berichten zufolge „Vertrauen, dass Vicente Fox' Regierung wirklich den Wechsel will“, weil Fox bisher noch keinen Streik für „nicht-existent“ und damit für illegal erklärte, wie es die Regierung während des VW-Streiks letztes Jahr tat. Tatsächlich war eine der ersten Handlungen von Fox' Regierung, den Streik von 45 000 Arbeitern in der Zuckerproduktion, die in der CTM organisiert sind, für „nicht-existent“ zu erklären.

Nieder mit den Angriffen auf Arbeiter, Linke, Frauen!

In den *Maquiladora*-Zonen an der Grenze stellen Frauen den größten Teil der Belegschaft und schufteten dort bei Hungerlöhnen wie Sklaven. Bis auf wenige Ausnahmen sind Facharbeiterjobs mit etwas besserer Bezahlung Frauen nicht zugänglich. Obwohl letztes Jahr die Frage der Abtreibung national breit debattiert wurde, haben Frauen weiterhin nicht das Recht zu entscheiden, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht. Sogar Gesetze, die im Fall einer Vergewaltigung die Abtreibung erlauben, existieren nur auf dem Papier. Der Sieg der PAN, die eng mit der frauenfeindlichen katholischen Kirche verbunden ist, hat zu einem Anstieg der Angriffe gegen Homosexuelle geführt. Vor einigen Monaten waren im Staat Aguascalientes offizielle Schilder angebracht worden, die Schwulen den Zutritt zu Schwimmbädern verboten. Kürzlich wurde der amtierende Präsident der Menschenrechtskommission des Staates Yucatán, Omar Ancona Capetillo, folgendermaßen zitiert: „Diejenigen mit AIDS sollten in Quarantäne gehalten werden“ und „erschossen“ werden, wenn sie versuchten, den Ort zu verlassen. Dieser abscheuliche Dreck gibt den mörderischen Eiferern grünes Licht, die verantwortlich sind für die hohe Mordrate an schwulen Männern in Mexiko. Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Machismo und andere rückständige Vorurteile traten bei der Demonstration am 22. August in Puebla in Erscheinung. Es gab eine Menge Pfiffe und verbale Belästigungen, die sich gegen die wenigen anwesenden Frauen richteten, und als Beleidigung der Bosse wurden Schimpfworte gegen Schwule benutzt. Während viele Linke solche Hetze unterstützen, argumentierten wir, dass Sexismus und Homophobie der Bourgeoisie nützen, weil verschiedene Sektoren der Unterdrückten gegeneinander gehetzt werden, die sich doch gegen ihren gemeinsamen Feind vereinen sollten. Manche Arbeiter, die wahrscheinlich noch nie mit diesen Punkten konfrontiert worden waren, entschuldigten sich letztendlich.

Solange die Arbeiterklasse die Ideologie der Bourgeoisie teilt – Nationalismus, Sexismus, Antisemitismus –, wird sie das in jedem Kampf gegen die Bourgeoisie behindern. Die Befreiung aller, die vom Kapitalismus unterdrückt werden, erfordert die Führung einer leninistischen Partei, die sich auf die Macht des Proletariats stützt und ein wahrer Tribun aller Unterdrückten ist. Was die Bourgeoisie fürchtet, ist, dass alle, die im Kampf stehen – Studenten, Bauern, Ureinwohner, Frauen –, sich hinter der Macht der Arbeiterklasse vereinen und ihren gemeinsamen Feind, die Kapitalistenklasse, bekämpfen. Volkswagenarbeiter können allen, die gegen Ungerechtigkeit kämpfen, die Macht des Proletariats zeigen. Weitet den Streik aus! Sieg den VW-Arbeitern! ■



Cecilia Fabiano

Protestdemonstration in Rom nach Ermordung Carlo Giulianis. Banner sagt: Tod und Repression ist eure Globalisierung

Genua...

Fortsetzung von Seite 24

gegen die organisierte Gewalt des bürgerlichen Staates, sondern um ihren sozialdemokratischen Herren ihre „friedliche, legale“ Glaubwürdigkeit zu bezeugen.

Im Gegensatz dazu hieß es auf SpAD-Plakaten: „Die Hetze gegen den Schwarzen Block spielt SPD-Oberbullen Schily in die Hände“. Tatsächlich forderten Innenminister Otto Schily und sein italienischer Kollege Claudio Scajola die anderen Regierungen der Europäischen Union (EU) auf, eine multinationale „Anti-Krawall-Polizei“ zu bilden, um „Gewalttäter“ aufs Korn zu nehmen. Am Tag der Proteste in Berlin und anderswo titelte der Londoner *Independent*: „Geheimes EU-Netz soll Antikapitalisten ausspionieren“, und wies darauf hin, dass dies ein „noch nie da gewesenes Ausmaß an Überwachung“ bedeuten würde. In den Vereinigten Staaten wurden 30 Millionen Dollar für „Sicherheit“ einschließlich des Einsatzes von 3000 zusätzlichen Bullen ausgegeben, um Proteste in Washington, D.C. gegen ein ursprünglich für den 29. September geplantes und inzwischen abgesetztes Treffen des Internationalen Weltwährungsfonds zu unterdrücken.

Wir brauchen eine „Avantgarde“, um den kapitalistischen Staat zu zerschlagen!

Ein deutscher anarchistischer Autonomer schilderte auf der Indymedia-Website eine Ende Juli in Berlin durchgeführte Veranstaltung zu Genua:

„Das Treffen war organisiert von vorgeblichen Marxisten. Die Podiumsredner hetzten gegen den Schwarzen Block... Sogar Polizeibeamten in Italien wurde der Vorwurf gemacht, sie seien Anarchisten. Es gab unter diesen Marxistischen Organisationen nur eine einzige, die Anarchisten verteidigte: Spartakist.“

Nach der Demonstration vom 20. August gab es auf der deutschen Indymedia-Website jede Menge Beschwerden von Anarchisten darüber, wie hervorstechend dort die Plakate, Sprechchöre und Megafonansprachen der Spartakisten waren. Die „möchtegern Avantgarde“, bemerkte ein Anarchist, wäre „nicht so dominant, wenn ‚wir‘ nicht so wenige wären“, und er bemerkte, er habe „kein einziges [anarchistisches] Plakat gesehen“.

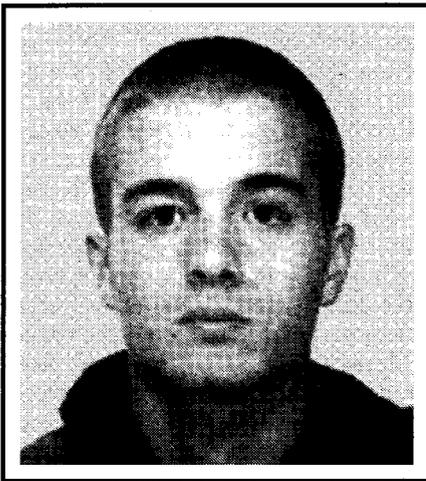
Es spricht Bände, dass die Anarchisten, die das unmittelbare Ziel staatlicher Repression sind, angesichts dieser finsternen Hexenjagd politisch entwapnet dastehen. Genua bot eine konkrete und mörderische Demonstration der hoch organisierten und rücksichtslos effizienten Kräfte des bürgerlichen Staates. Um sich dagegen durchzusetzen, ist eine organisierte und disziplinierte Avantgardepartei nötig, die die Macht der einzigen Klasse mobilisiert, die die kapitalistische Herrschaft besiegen kann – das Proletariat. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht und die objektiven

Interessen, die Menschheit von Unterdrückung zu befreien. Der Zweck einer revolutionären Partei besteht darin, dieses Verständnis in das Proletariat hineinzutragen. Dies war eine Lektion, die die besten Elemente der anarchistischen Bewegung im Gefolge der Russischen Revolution von 1917 lernten. Führende Anarchisten wie Victor Serge reisten nach Sowjetrußland, um den neuen Arbeiterstaat zu unterstützen. In einem Brief an seine französischen anarchistischen Freunde begründete er die Notwendigkeit einer leninistischen Partei:

„Es ist die revolutionäre Elite, kraftvoll organisiert, diszipliniert, einer konsequenten Richtung gehorchend, die auf ein einziges klar definiertes Ziel zumarschiert auf den Pfaden, die von einer wissenschaftlichen Doktrin vorgegeben wurden. Als eine solche Kraft ist die Partei das Produkt der Notwendigkeit, das heißt der geschichtlichen Gesetze selbst. Diejenige revolutionäre Elite, die in einer Zeit der Gewalt unorganisiert, undiszipliniert, ohne eindeutige Richtung und offen für wechselhafte oder widersprüchliche Impulse bleibt, strebt dem Selbstmord entgegen.“ (*La Vie ouvrière*, 21. März 1922)

Es ist kaum verwunderlich, dass sich viele radikale Jugendliche dem Anarchismus verschreiben aus Widerwillen gegen die sozialdemokratische Linke, die sich als marxistisch maskiert. Aber Widerwillen und Wut sind keine Anleitung zum Handeln. Die Anarchisten folgen einer modernen Version der „Propaganda der Tat“ aus der Zeit vor hundert Jahren: der Vorstellung, dass moralische mutige Aktionen andere dazu bringen, ihnen nachzueifern, und dass so eine Massenbewegung gegen den Kapitalismus aufgebaut wird. Es ist kein Zufall, dass sich im Wesentlichen weiße Jugendliche aus der Mittelklasse vom Anarchismus angezogen fühlen. Selbstaufopferung und individuelle Heldentaten sind nicht sehr inspirierend für junge Arbeiter und die Unterdrückten, für die brutale Ausbeutung und Bullenterror alltägliche Realität sind. Notwendig ist eine Partei wie die von Lenins und Trotzki's Bolschewiki, die die arbeitenden Massen und Unterdrückten inspirieren kann mit der Perspektive des Sieges über das System, das die Quelle ihrer Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Das Wiederaufkommen des Anarchismus ist ein Nebenprodukt der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas vor einem Jahrzehnt. In einem ideologischen Klima, das dadurch geprägt ist, dass die imperialistischen Herrscher den „Tod des Kommunismus“ feiern und den Marxismus als ein „gescheitertes Experiment“ verhöhnen, überrascht es nicht, dass es so etwas wie ein Wiederaufleben anarchistischer Sympathien unter radikalisierten Jugendlichen gibt. Das Spektrum reicht dabei von denen, die aufrichtig für den Sturz der imperialistischen Herrschaft kämpfen wollen, über diejenigen, die die imperialistischen Mächte als eine potenzielle Kraft ansehen, die den Unterdrückten auf der



AP
20. Juli: Bürgerkriegsbullen in Genua stürmen am Leichnam des 23-jährigen Carlo Giuliani vorbei, der kaltblütig niedergeschossen wurde



ganzen Welt „Freiheit“ bringen könne, bis hin zu offen anti-kommunistischen Schlägern. Gemeinsam ist ihnen allen die Ablehnung eines jeden Staates, einschließlich der Diktatur des Proletariats – dem notwendigen ersten Schritt, um das Absterben des Staates durch die Schaffung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft zu erreichen.

Die Anarchisten wiederholen die Lügen der kapitalistischen Herrscher und setzen die verbleibenden Arbeiterstaaten mit der Herrschaft der stalinistischen Bürokratien gleich, die die bloße Existenz dieser Staaten bedrohen. Bei der Berliner Demonstration am 20. August trug der revolutionäre Block der SpAD Plakate mit den Losungen: „Verteidigt China, Kuba, Vietnam und Nordkorea gegen Imperialismus, innere Konterrevolution!“ Während der Rest der Karibik in Armut und Hunger versinkt, können in Kuba 99 Prozent der Menschen lesen und schreiben, die Kindersterblichkeit ist niedriger als in New York City und es gibt eine kostenlose Gesundheitsversorgung – dies ist ein Beweis für die Errungenschaften, die durch die Errichtung einer Planwirtschaft, wie bürokratisch deformiert auch immer, erreicht wurden. Und der Sieg einer von den Imperialisten unterstützten Konterrevolution in China würde Frauen wieder wie früher in die Knechtschaft werfen und eine Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen in bittere Armut stürzen. Man braucht bloß auf die frühere Sowjetunion zu schauen, wo der Sieg der kapitalistischen Konterrevolution unermessliches Elend gebracht hat. Ein Maß für die verheerenden Folgen der Zerstörung dieses früheren Arbeiterstaats ist die Tatsache, dass die Lebenserwartung um zehn Jahre gefallen ist.

Die militärische und wirtschaftliche Macht der Imperialisten ist auf die Zerstörung jener Arbeiterstaaten gerichtet, die noch existieren. Was deren Verteidigung im Weg steht, sind die herrschenden Bürokratien, deren nationalistisches Programm des Versuchs einer „friedlichen Koexistenz“ mit den imperialistischen Herrschern die Errungenschaften dieser Revolutionen untergräbt und den Weg zu ihrer internationalen Ausweitung versperrt hat. Wir Trotzisten kämpfen für die Verteidigung und Ausweitung der gewaltigen Errungenschaften, die in einer geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft verkörpert sind – besonders durch ihre Ausweitung auf die imperialistischen Zentren. Dieses Ziel zu erreichen erfordert eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistischen Irreführer an der Spitze der deformierten Arbeiterstaaten zu stürzen, und es erfor-

dert den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Internationale wie die, die von Lenins und Trozki's Bolschewiki gegründet wurde.

Das wahre Gesicht der kapitalistischen Demokratie

Wenn die Linke die neue Rechtsregierung von Berlusconi zynisch als „faschistisch“ anprangert, ist das bloß ein Schlachtruf für eine neue bürgerliche Regierung aus reformistischen Parteien und „demokratischen“ kapitalistischen Parteien. Das ist die Masche von Rifondazione Comunista (RC), die jahrelang als eine entscheidende Stütze der kapitalistischen Herrschaft in Italien diente. Der RC-Führer Fausto Bertinotti verurteilte die Polizei dafür, dem Schwarzen Block erlaubt zu haben, „aggressive und zerstörerische Taten“ (*Liberazione*, 21. Juli) durchzuführen. Ein Sprecher einer COBAS-Lehrergewerkschaft, locker mit RC verbunden, rief dazu auf, zukünftige COBAS-Kontingente zu bewaffnen „mit Stöcken, um uns gegen den Schwarzen Block und die Polizei zu verteidigen“ (*Corriere della Sera*, 8. August) – ein verhängnisvoller Versuch, die vielen COBAS-Arbeiter, die letzten Monat gegen den Bullenterror protestierten, als Schläger gegen anarchistische Jugendliche zu schicken.

Luca Casarini, ein Sprecher von *Tute Bianche* (Weiße Overalls), der mit dem Genua-Sozialforum verbunden ist, erklärte: „Das anarchistische Label ist zu einfach. Der äußere Schein ist irreführend. Ich sage nur, dass einige Hundert dieser Gestalten in der Lage waren, ungestört die Stadt zu zerstören. Wasserschläuche, Tränengas und Kugeln waren für uns reserviert“ (*Corriere della Sera*, 21. Juli). Diese verleumderische Gleichsetzung des Schwarzen Blocks mit den Bullen übertrug sich bald in gangsterartige Angriffe. Am 13. August berichtete die italienische Presse, dass sechs Mitglieder von *Tute Bianche* in Marghera (nahe Venedig) Unterstützer des anarchistischen Revolutionären Komitees zusammengeschlagen hatten, die Geld zur rechtlichen Verteidigung sammelten und Flugblätter verteilten, in denen das Genua-Sozialforum für seine Weigerung, den Schwarzen Block zu verteidigen, angegriffen wurde. Obwohl Casarini sein Bestes gab, sich vom Schwarzen Block zu distanzieren, sind er und *Tute Bianche* jetzt selbst von der finsternen politischen Polizei, den „Digos“, bedroht, die sie beschuldigt, „einen großen Teil der Verantwortung für die Vorfälle

Fortgesetzt auf Seite 22

Genua...

Fortsetzung von Seite 21

und das gesetzwidrige Verhalten“ in Genua zu tragen (*Corriere della Sera*, 26. August).

Eine Erklärung von Marco Ferrando, dem Führer von Proposta – einer Strömung innerhalb von RC, die versucht, linke Jugendliche hereinzulegen, indem sie sich als trotzkistische Alternative zur reformistischen Bertinotti-Führung darstellt –, veranschaulichte, dass sie nichts anderes sind als die „linken“ Ideologen für den gewalttätigen Angriff seitens *Tute Bianche*. Am Ende einer langatmigen Erklärung deklamierte Ferrando, dass der Schwarze Block „bekämpft“ werden muss, „und zwar in der radikalsten Form“, aber „jeder Vorschlag, dieses Problem in die Hände der Unterdrückungsmacht des bürgerlichen Staates, d.h. des Klassenfeindes, zu legen, muss zurückgewiesen werden“ (*Proposta*-Extrablatt, 27. Juli). Dies ist bloß eine zentristische Maskerade für Ferrandos Argument, die Linke müsse Schlägertrupps bilden, die Protestdemonstrationen kontrollieren zur Abwehr „jeder Form der Aggression“, sowohl seitens des Staates als auch seitens „marginaler, gewalttätiger und zerstörungswilliger Randlelemente“.

Ferrando & Co. sind darum bemüht, die „Anti-Globalisierungs“-Proteste sicher innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Respektabilität zu halten, und anarchistische Angriffe auf die Symbole des Imperialismus sind ein Affront dagegen. Als getreuer Wasserträger von RC macht Proposta kein Geheimnis daraus, dass das letztendliche Ziel sein muss, „die Berlusconi-Regierung rauszuschmeißen, für eine Klassenalternative“ einzutreten, was angesichts dessen, dass sie nicht die geringste Perspektive zum Sturz der bürgerlichen Ordnung haben, nur eine weitere, mehr oder minder „linke“, Volksfrontregierung bedeuten kann, die die Interessen der Kapitalisten verwaltet.

Die Lega trotskista d'Italia, Sektion der IKL, hat sich angesichts der Repression des Staates und der „linken“ Hexenjagd mit den Anarchisten des Schwarzen Blocks solidarisiert und sich am Sammeln von Spenden für die Verteidigung der Inhaftierten beteiligt. Auf der Diskussionsrunde bei einer „Globalisierungs“-Debatte am 24. August in

Brescia, bei der Casarini und RC-Sprecher auf dem Podium saßen, erklärte ein Genosse der Ltd'I:

„Blut und Tod in Genua haben die Maske der Demokratie heruntergerissen und wir haben das wahre Gesicht der kapitalistischen Demokratie gesehen; dieses System der Ausbeutung, imperialistischer Herrschaft und rassistischer Unterdrückung basiert nicht auf einem Kampf von Ideen, sondern auf dem Repressionsapparat des kapitalistischen Staates, der es verteidigt. Kein noch so starker Druck, keine Gebete, keine Drohungen können es ändern. Es muss durch eine Arbeiterrevolution gestürzt werden, die denen, die arbeiten, die Macht gibt. Es ist wirklich heuchlerisch von RC, Marx und Rosa Luxemburg anzuführen, wo doch sie und die Gewerkschaftsbürokraten sich vom allerersten Tag nach Genua an beeilt haben, den kapitalistischen Staat zu unterstützen, indem sie die Schuld für die Repressionen den ‚Provokationen‘ durch ‚subversive‘ und ‚gewalttätige‘ Anarchisten und den Schwarzen Block zuschoben. Sie betreiben eine giftige Kampagne zur Kriminalisierung des Schwarzen Blocks, indem sie sagen, dass es alles Faschisten oder Bullen sind. Was Casarini angeht, er lässt gerne Tiraden gegen Parteien und gegen Avantgarden los, doch tatsächlich ist er ein Mitglied der Grünen, der ‚heroischen‘ Bombardierer des Kosovo. Und Tute-Bianche-Leute haben sogar ein paar Anarchisten in Venedig angegriffen, die Geld zur Unterstützung der Inhaftierten gesammelt haben.

Diejenigen, die die Symbole der kapitalistischen Ausbeutung angreifen, haben ihr Herz am rechten Fleck, und solche Taten aus Wut und Frustration über die Unterdrückung sind vollkommen verständlich. Trotzdem haben die Anarchisten selbst kein Programm irgendeiner Art, das kapitalistische System zu stürzen. Die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, dies zu tun.

Diese Kämpfe dürfen nicht dahin abgelenkt werden, eine weitere kapitalistische Regierung unter Einschluss von DS [Demokratische Linke] und RC zu unterstützen. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei. Zerschlagt die imperialistischen Schlächter durch Arbeiterrevolution! Arbeiter an die Macht, weltweit!“

Übersetzt nach *Workers Vanguard* Nr. 763, 31. August

Spartakisten konfrontieren „linke“ Hetzer gegen Schwarzen Block

Nachstehend veröffentlichen wir einen redigierten Bericht eines Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Am 6. August organisierte die *junge Welt*, eine Zeitung im Umfeld von PDS-Oppositionellen, eine Veranstaltung an der Berliner Humboldt-Universität unter dem Titel „Wer hat Angst vor wem?“ Der Veranstaltungssaal bot nur Platz für 400 Leute, aber 600–700 kamen, hauptsächlich Jugendliche, viele erst seit kurzem politisch. Unter den Teilnehmern waren Anarchosyndikalisten der FAU, Gruppen aus dem Schwarzen Block und andere Anarchisten, Linksruck, die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und andere Pseudotrotzkisten, Mitglieder des „Anti-Globalisierungs“-Netzwerks ATTAC und PDS-Mitglieder. Zu den eingeladenen Rednern gehörte Angela Klein, ein führendes Mitglied der SoZ-Redaktion, einer Zeitung, die dem pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat nahe steht. Letzten Monat veröffentlichte Klein in der *jungen Welt* eine verleumderische Denunziation des Schwarzen Blocks. Man konnte die Spannung, die sich im Raum aufbaute, buchstäblich spüren.

Klein sprach über einen kontinuierlichen Anstieg von staatlichen Repressionen, die zunehmend über den Rahmen

des „Rechtsstaats“ hinausgehen. Sie sagte, dass die Repressionen beim baldigen Protest in Brüssel nicht so schlimm sein werden wie in Genua, weil in Italien Finis faschistische Partei an der Regierung sei. Als ich dazwischenrief, dass es die Regierung von D'Alema Demokratischer Linken (DS) war, die Genua vorbereitete, erhielt ich böse Blicke von Linksruck und der SAV. Klein sagte, es sei empörend, dass es keine Proteste gegen die Berlusconi-Regierung gebe von der Art, wie es sie gegen Haider's rechte Partei gab, als diese in die österreichische Regierung kam. Sie forderte auch, dass diejenigen, die für die Polizeigewalt in Genua verantwortlich seien, vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gebracht werden sollen.

Ein ATTAC-Sprecher log, dass ATTAC mit dem Schwarzen Block als Teil der Bewegung in Solidarität stünde, aber sehr kritisch gegenüber seiner Taktik sei. Nachdem ein paar Anarchisten sich über seinen begeisterten Bericht über ATTAC-Treffen mit den Grünen aufregten, beeilte sich der Redner zu erklären: „Wir lassen uns nicht von den Grünen vereinnahmen.“

Der letzte Redner vom Podium war Lothar Nätebusch,

der neue Vorsitzende der IG BAU Berlin-Brandenburg, der hervorhob, dass die Gewerkschaften sich mehr in der Anti-Globalisierungs-Bewegung engagieren müssen, und sich auf den Berliner Bauarbeiterstreik von 1997 bezog als Beispiel der Kampfkraft seiner Gewerkschaft. Jemand von der FAU, der hinter mir saß, rief dann in den Saal: „Und was ist mit den rassistischen Razzien auf Baustellen 1997, die die IG BAU unterstützte?“ Ein anderer FAU-ler argumentierte leise dafür, Nätebusch aus der Veranstaltung auszuschließen. Ein Bauarbeiter, der neben ihm saß, sagte, dass es nicht richtig sei, die Gewerkschaft rauszuwerfen, und ich sagte zu beiden, dass die Antwort nicht in der Zerschlagung oder in Austritten aus der Gewerkschaft liegt, sondern dass die Gewerkschaften eine klassenkämpferische Führung brauchen, die die verräterische sozialdemokratische und rassistische Gewerkschaftsbürokratie rausschmeißt. Der Arbeiter stimmte damit überein. Beide nahmen ein Flugblatt.

Als dann die Diskussion eröffnet wurde (für die insgesamt nur zehn Minuten vorgesehen waren), sprach ich als Zweiter und sagte:

„Es ist heuchlerisch von Angela Klein, wenn sie sagt, dass sich niemand mit dem Schwarzen Block entsolidarisiert. Die *junge Welt* druckte ihren Artikel ab, wo sie behauptet, dass das Schwarz des Schwarzen Blocks das Schwarz der Faschisten und nicht das der Anarchisten sei. Auf ähnliche Weise machte der Sprecher des Berliner Genua-Bündnisses, Sascha Kimpel, auf einer Veranstaltung im KATO den Schwarzen Block für den Bullenterror in Genua verantwortlich. Diese Hexenjagd gegen die Anarchisten spielt Schily von der SPD und seiner neuen ‚Krawallpolizei‘ direkt in die Hände!

Es ist auch heuchlerisch von Angela Klein, eine neue Anti-Haider-Kampagne zu fordern, geführt von den sozialdemokratischen Regierungen Europas. Die Polizeigewalt in Genua wurde von der so genannten linken Regierung D’Alemas vorbereitet. Die Schüsse mit scharfer Munition auf die Demonstranten in Göteborg kamen von den Sozialdemokraten!

Die Anarchisten sind keine Nazis, sondern mutige Kämpfer gegen Imperialismus, Krieg und Faschismus. Aber die Anarchisten haben gar keine Ahnung, wie man den Kapitalismus wirklich zerschlägt. Was jetzt dringend gebraucht wird, sind Proteststreiks der zehntausenden Arbeiter, die am Samstag [21. Juli] nach Genua geströmt kamen, um Carlo Giulianis zu gedenken. Solche Streikaktionen werden hilfreich sein, um die Arbeiterklasse von Illusionen in den ‚Rechtsstaats‘ quatsch zu brechen, der von den Angela Kleins verbreitet wird und besonders von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiterklasse an das kapitalistische System kettet und deren Vertreter hier sich weigert die Frage zu beantworten, warum sie 1997 eine rassistische Kampagne gegen ausländische Arbeiter entfacht haben. Kämpferische Proteststreiks würden einen Weg nach vorne weisen und fortgeschrittene Arbeiter zu einem Kampf für die sozialistische Revolution gewinnen, die den mörderischen bürgerlichen Staat zerschlägt. Um das zu erreichen, brauchen wir eine wirkliche revolutionäre internationalistische Partei, für deren Aufbau wir Spartakisten kämpfen.“

Als ich die Sozialdemokraten über Göteborg angriff, erhielt ich starken Applaus aus dem hinteren Teil des Saals – und eine Erinnerung vom Podium, dass ich mich kurz fassen sollte. Zum Schluss bekam ich noch einmal Beifall, aber eine wütende Frau schrie auch: „Wo ist denn deine verdammte Arbeiterklasse?!“

Als es dann Aufregung im Saal gab, versuchte der Vorsitz von der *jungen Welt* die Leute zu beruhigen: „Bis jetzt war die Diskussion ja im Geiste der Solidarität. So soll es auch

weiter bleiben.“ Darauf erwiderte ein wütender Anarchist: „Ich bin sauer auf euch! Das erste Mal, dass hier das Wort Gewalt benutzt wurde, war auch das erste Mal, als von Autonomen gesprochen wurde!“ Danach wurde Klein richtig wütend und sagte: „Ihr wisst ja nicht, wovon ihr redet... Ich war auf der COBAS-Demonstration und die Anarchisten wollten sie übernehmen... Viele COBAS-Arbeiter hatten Angst vor den Anarchisten. Und um ehrlich zu sein, konnte ich nicht sagen, ob das Anarchisten, Polizei oder Faschisten oder sonst was waren. Ich hatte auch Angst vor denen!“ Ein wütender Anarchist brüllte von hinten: „Dann kauf dir doch ’ne Brille! Anarchisten sind keine Faschisten!“ Klein fuhr fort zu erzählen, wie Anarchisten angeblich die COBAS-Demo missbrauchten, Fensterscheiben einschlugen, Banken abbrannten und bewaffnet waren (Gott behüte!) mit Holzplanken und Gasmasken! Viele Anarchisten verließen angewidert den Saal.

Ein Linksruck-Redner wurde von ein paar Anarchisten ausgebuht, als er sagte, dass man nicht polemisch sein soll und man Einheit zeigen müsse, damit die Bewegung wächst. Er wurde ausgelacht, als er sagte, dass solcherlei Streit nicht die Art und Weise sei, mit der man die Mehrheit der Bevölkerung für linksradikale Ideen gewinnen kann. Er drückte seine Solidarität mit der Rede des IG-BAU-Bürokraten aus und argumentierte dafür, die kommende Wahlkampagne in Berlin zum Kampf gegen Sozialkürzungen zu benutzen. Als er aufhörte, gab es eine Menge Zwischenrufe. Ich rief: „Warum hast du den Leuten hier nicht erzählt, dass ihr zur Wahl der PDS aufrufen werdet, der Partei mit dem größten Sparpaket für Berlin?“

Viele Anarchisten kamen zu unserem Büchertisch. Einer aus dem Mehringhof, was das größte Autonomenzentrum Berlins ist, war überrascht, dass ich so sauer war – was da abgelaufen ist, sei ja zu erwarten gewesen. Ich fragte ihn, warum denn die Mehringhof-Anarchisten nicht gesprochen haben, um die Gewaltvorwürfe von Klein & Co. zu verurteilen. Wenn alles, was sie anzubieten haben, Applaus für eine Spartakist-Intervention ist und sie gleichzeitig im Berliner Genua-Bündnis verweilen, dann ist das nicht viel. Er fragte, was mein Punkt sei; also erklärte ich ihm, dass er, wenn er zur Politik des Bündnisses schweigt, auch zu Angela Kleins sozialdemokratischer Politik schweigt.

Eine junge Anarchistin aus Italien fragte mich aus über die Positionen von ATTAC, der IG BAU und Angela Klein zum Schwarzen Block. Sie war angewidert. Sie erzählte mir, dass sie und ihre Eltern in einem Bündnis in Neapel seien, das mit dem Genua-Sozialforum verbunden ist, aber nach Genua war sie sich nicht mehr so sicher über gewaltfreien zivilen Ungehorsam, und je mehr der Schwarze Block angegriffen wird, desto mehr mag sie ihn. Sie hatte schon früher von unserer italienischen Zeitung *Spartaco* gehört. Sie hatte gedacht, dass alle Trotzisten Bertinottis reformistische Rifondazione Comunista (RC) lieben würden. Aber ihr gefiel der Aufruf in *Spartaco* zum Aufbau einer revolutionären Partei und sie war begeistert von der Überschrift: „Keine Stimme für DS, RC!“

Verteidigt die verhafteten Demonstranten von Genua!

Spenden für die Verteidigung der Demonstranten, die in Genua verhaftet wurden, werden dringend benötigt. Nachfolgende Organisationen sammeln Geld für diejenigen, die immer noch im Gefängnis sitzen, und für viele andere, denen Anklagen und hohe Gefängnisstrafen drohen. Schickt internationale Geldanweisungen an:

Genoa Legal Forum, Via Caffa No. 3, 16129 Genua, Italien oder an

Rote Hilfe e.V., Konto 19 11 00 462 Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Stichwort: Genova-Gefangene

SPARTAKIST

Genua: Freiheit für alle verhafteten Demonstranten, sofort!

Hexenjagd gegen Anarchisten dient imperialistischen Herrschern

Seit dem mörderischen Polizeiangriff auf „Anti-Globalisierungs“-Demonstranten in Genua, bei dem mindestens ein Demonstrant, der 23-jährige Carlo Giuliani, starb, wird weiterhin über Terror und Folter durch die Polizei berichtet. Während fast alle der 300 Mitte Juli in Genua Verhafteten schließlich wieder freigelassen wurden, befinden sich bis zu 15 Demonstranten weiterhin im Gefängnis, mindestens ein Dutzend Menschen werden weiterhin vermisst, und einige davon könnten durchaus das gleiche Schicksal erlitten haben wie Giuliani. Zutiefst aufwühlend waren Berichte in der italienischen Presse, dass eine bekannte Gewerkschaftsführerin, die an den Genua-Demonstrationen teilgenommen hatte, erwürgt in einem Fluss in der Nähe von Padua aufgefunden wurde. Währenddessen drohen denen, die freigelassen wurden, potenziell drastische Anklagen.

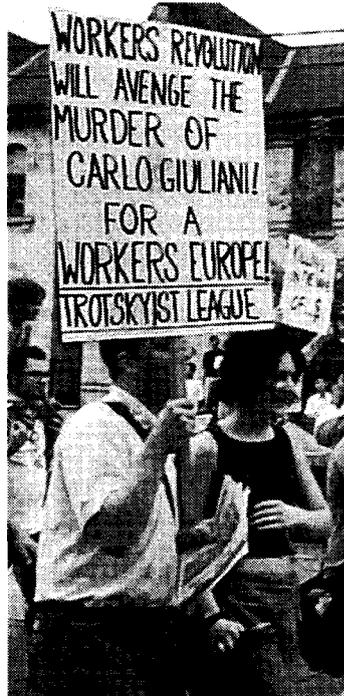
Weg mit den Anklagen gegen alle verhafteten Demonstranten! Sofortige Freilassung aller Inhaftierten!

Unmittelbar nach der Ermordung Carlo Giulianis durch die Polizei veröffentlichte die Internationale Kommunisti-

Spartakist-Jugend

sche Liga einen dringenden Aufruf zu „Arbeiterproteststreiks in Italien und darüber hinaus gegen die blutige Staatsrepression“. Im Gegensatz dazu traten die reformistischen und zentristischen „linken“ Gruppen, die schon vor langer Zeit ihre politischen Seelen an die sozialdemokratischen Regierungen verkauft haben, die jetzt den Großteil Europas regieren, in die Dienste der Vendetta des kapitalistischen Staates gegen die Anarchisten des Schwarzen Blocks. In Britannien schrieb die Socialist Workers Party: „Es gibt jetzt überwältigende Beweise dafür, dass dem Schwarzen Block freie Hand gelassen wurde, in Genua alles

**Stürzt die imperialistischen Schlächter –
Arbeiter an die Macht, weltweit!**



Spartacist Canada



Spartakist

Internationale Proteste einen Monat nach mörderischen Bullenangriffen in Genua: Trotskyist League/Ligue trotskyste in Kanada interveniert bei Demo in Vancouver, 21. August; SpAD-Block in Berlin, 20. August

zu tun, was er wollte“ (*Socialist Worker*, 4. August). In Frankreich gab die Dachorganisation der Globalisierungsgegner ATTAC – der auch Mitglieder von Alain Krivines Ligue communiste révolutionnaire angehören, der französischen Organisation des Vereinigten Sekretariats – am 20. Juli eine Erklärung heraus, die die italienischen Bullen kritisierte: „Sie verschlossen bewusst die Augen davor, dass sich mehrere hundert Provokateur-Elemente des so genannten Schwarzen Blocks vorbereiteten und bewaffneten.“

Am 20. August wurden Demonstrationen in Städten ganz Europas und anderswo durchgeführt, um Carlo Giuliani zu ehren und seiner zu gedenken. Unter den 1000, die in Berlin demonstrierten, marschierte auch der von der SpAD organisierte revolutionäre Block hinter dem Banner: „Stürzt die imperialistischen Schlächter! Arbeiterklasse an die Macht, weltweit!“ Die mutmaßlich linken Organisationen, die ebenfalls an dieser Demonstration teilnahmen, kamen nicht aus Solidarität mit den Anarchisten des Schwarzen Blocks

Fortgesetzt auf Seite 20